



## Antragsbuch AfD Landesparteitag 24./25.11.2018

**Antrag zur Tagesordnung:**

Diskussion über Parteiordnungsmaßnahmen und die Stuttgarter Erklärung (KV Rosenheim)

**Antrag zur Tagesordnung:**

Öffnung für Nichtparteimitglieder auf den Listen zu Kommunalwahlen (KV Rosenheim)

**Antrag zur Tagesordnung:** Finanzielle Förderung von verfolgten AfD-Mitgliedern und Opfern linksextremer Gewalt (KV Rosenheim)

**Antrag auf Änderung der Satzung:** §2, §3, §5, §6, §7, §12, §14 (Schubert)

**Antrag auf Änderung der Satzung:** § 3 Abs. 1 (Jäger)

**Antrag auf Änderung der Satzung:** § 3 Abs. 2 und 4 (Jäger)

**Antrag auf Änderung der Satzung:** § 5 Abs. 13 (Jäger)

**Antrag auf Änderung der Satzung:** § 12 Abs. 2 (Jäger)

**Antrag auf Änderung der Satzung:**

Dringlichkeitsanträge in die Satzung § 5 Abs. 7 (Meier)

**Antrag auf Änderung der Satzung:**

Vorstand muss Mitglied der Gliederung sein § 5 Abs. 12 (Meier)

**Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung für Parteitage:**

Veröffentlichung des Protokolls auf der parteiinternen Webseite § 4 Absatz 3 (Meier)

**Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung für Parteitage:**

Audio-Protokoll § 4 Absatz 4 neu (Meier)

**Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung für Parteitage:**

„Antragskommission“ Neuer Paragraf „Antragskommission“ (als neuer § 4) (Meier)

**Antrag auf Änderung der Satzung:**

Änderung von Satzung und Ordnungen durch den LPT § 5 Absatz 15 Landessatzung (Meier)

Antrag auf Änderung der Satzung:

Ordnungen mit Satzungsrang, § 24 Inkrafttreten, andere Ordnungen (Meier)

Antrag auf Änderung der Wahlordnung:

„Redaktionelle Fehlerkorrektur Bund/Land“ § 1 (Meier)

Antrag auf Änderung der Wahlordnung (Genitheim,)

Antrag auf Änderung der Satzung: Einfügung §22 Mandatsträgerbeiträge (Mang) Antrag auf

Änderung der Satzung: §2 Mitgliedschaft (Rast)

Antrag auf Änderung der Satzung: §3 Gliederung (Rast)

Antrag auf Änderung der Satzung: §12 Vorstand des Gebietsverbandes (Rast)

Antrag auf Änderung der Finanzordnung des Landesverbandes Bayern (Rast)

Antrag auf Änderung der Satzung: § 3 Gliederung (Sichert)

Antrag auf Änderung der Satzung: § 5 Abs. 3 Mitgliederparteitag (Sichert)

Antrag auf Änderung der Satzung: § 3 Gliederung (von Alten Blaskowitz)

Antrag auf Änderung der Satzung: § 3 Gliederung (Merz)

Satzungsänderungen Bezirksvorstand Oberbayern (BV Oberbayern)

Antrag bayerische Landeswahlordnung ersatzlos zurückzuziehen (Hammacher)

Antrag auf Änderung der Finanzordnung:

Mandatsträgerabgabe §3 (Biedermann)

Antrag auf Änderung der Finanzordnung:

Mandatsträgerbeiträge § 7 FBO (neu) (Meier)

Antrag auf Änderung der Satzung: § 23 Abs. 6 (Kachelmann)

Antrag auf Änderung der Satzung: § 19 (Kachelmann)

Antrag auf Änderung der Finanzordnung: § 3 Abs. 2 (Kachelmann)

Satzungsänderungsantrag:

„Zusammensetzung der Landesprogrammkommission“ § 16 Abs. 1 (Meier)

Satzungsänderungsantrag:

Aufgabe der Landesprogrammkommission § 16 Abs. 2 Satz 1 (Meier)

Änderungsantrag GO LFA: „Mitgliedschaft in maximal zwei LFA“ § 4 Absatz 2 (Meier)

**Änderungsantrag GO LFA: „Informationspflicht über Beschäftigungsverhältnis“ § 5**

**Abs. 3 (Meier) Änderungsantrag GO LFA: „Anzahl Pflicht-Präsenzsitzungen“ § 13 Abs.**

**1 Satz 1 (Meier)**

**Änderungsantrag GO LFA:**

**„Quorum für Beschlussfähigkeit auf fünf Mitglieder senken“ § 13 Abs. 3 (Meier)**

**Änderungsantrag GO LFA: „Sitzungsniederschriften“ § 18 Absatz 5 (Meier)**

**Antrag auf Übernahme der Prozesskosten in der Causa »Aktion Merckels Tote«  
(Kachelmann)**

**Antrag: Wahlkampfbudget (KV Altötting)**

**Antrag: Resolution Grundsatzprogramm (Müller)**

**Antrag auf Änderung der Satzung:**

**Satzungsänderung zu §8 zur Ladungsfrist von Mitgliederversammlungen der Gebietsverbände (Haas)**

**Antrag auf Änderung der Satzung:**

**Satzungsänderung zu §18 zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen (Haas)**

Rosenheim, 7.10.2018

An die Landesgeschäftsstelle  
der AfD Bayern

Antrag zum Landesparteitag der AfD Bayern am 24./25. November 2018

Antrag zur Tagesordnung:

**Diskussion über Parteiordnungsmaßnahmen und die Stuttgarter Erklärung**

Antragsteller: Kreisverband Rosenheim

Antrag:

Der Parteitag möge beschließen,  
die Tagesordnung um den Punkt „Diskussion über Parteiordnungsmaßnahmen  
und die Stuttgarter Erklärung zu erweitern und hierfür mind. 30 Minuten Zeit  
einzuplanen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Rosenheim, 7.10.2018

An die Landesgeschäftsstelle  
der AfD Bayern

Antrag zum Landesparteitag der AfD Bayern am 24./25. November 2018

Antrag zur Tagesordnung:

**Öffnung für Nichtparteimitglieder auf den Listen zu Kommunalwahlen**

Antragsteller: Kreisverband Rosenheim

Antrag:

Der Parteitag möge beschließen,  
die Satzung dahingehend zu ändern, dass es möglich ist Nichtparteimitglieder  
auf die Listen zu Kommunalwahlen zu wählen, um zu garantieren, dass  
landesweit AfD-Listen bei den kommenden Kommunalwahlen vertreten sind.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Rosenheim, 7.10.2018

An die Landesgeschäftsstelle  
der AfD Bayern

Antrag zum Landesparteitag der AfD Bayern am 24./25. November 2018

Antrag zur Tagesordnung:

**Finanzielle Förderung von verfolgten AfD-Mitgliedern und Opfern  
linksextremer Gewalt**

Antragsteller: Kreisverband Rosenheim

Antrag:

Der Parteitag möge beschließen,  
dass der Landesvorstand aufgefordert wird, einen Verein zu gründen oder  
alternativ selbst tätig zu werden und einen Fonds für finanzielle  
Unterstützungsleistungen, vergleichbar mit anderen derartigen Organisationen  
aus dem linken Spektrum, für verfolgte AfD-Mitglieder und Opfer linksextremer  
Gewalt zu schaffen. Hierzu soll spätestens bis zum nächsten Landesparteitag  
ein beschlussfähiges Konzept vorgelegt werden, welches im Vorfeld  
parteiintern diskutiert werden kann.

Begründung:

Erfolgt mündlich

# Entwurf für eine Satzungsänderung

als Vorlage für den Landesparteitag der AfD Bayern am 24.11.2018

**Umarbeitung Stand: 09.11.2018 20:30 Uhr**

## § 2 Mitgliedschaft

(3) wird gestrichen

### Begründung:

Die dort auf Landesebene ausgesprochene 12-Monatssperre stellt eine zusätzliche Aufnahmevoraussetzung dar und steht damit in Widerspruch zu § 2 Bundessatzung. Dies ist nach § 9 (4) BS unzulässig und muß korrigiert werden.

Neu:

## § 3 Gliederung

(1) Der Landesverband gliedert sich in Bezirks- Kreis- und Ortsverbände. Die Bezirksverbände erstrecken sich auf die Gebiete der jeweiligen Regierungsbezirke. Davon ausgenommen können in den Stadtgebieten von Großstädten über 200.000 Einwohnern eigenständig oder gemeinsam mit direkt an die Großstadt angrenzenden kreisfreien Städten und/oder Landkreisen eigene Bezirksverbände gebildet werden. Bildet sich ein solcher Bezirksverband, so können Kreisverbände in diesen Großstädten aus einem oder mehreren Stadtbezirken beziehungsweise einem oder mehreren Stadtteilen bestehen. Anderenfalls ist der Kreisverband der Gebietsverband der AfD in den Grenzen eines oder mehrerer Landkreise und/oder einer oder mehrerer kreisfreier Städte.

(2) Die Neugründung eines Kreisverbandes setzt die Mitgliedschaft von mindestens 15 Mitgliedern im Bereich des betreffenden Gebiets nach Abs. (1) voraus. Die Gründung erfolgt auf Beschluss der Mehrheit der auf einer Mitgliederversammlung anwesenden, in den Grenzen des betreffenden neuen Kreisverbandes wohnhaften Mitglieder; die Ladung zur Versammlung hat auf Antrag von 5 Mitgliedern der zu gründenden Gliederung innerhalb von drei Wochen durch den Vorstand der nächsthöheren Gliederungsebene zu erfolgen. Die Gründung bedarf der Genehmigung des Bezirksvorstands. Diese darf erst erteilt werden, wenn ein satzungsgemäßer Vorstand gewählt ist. Verweigert der Bezirksvorstand die Genehmigung, so entscheidet auf Antrag der betroffenen Mitglieder der Landesvorstand.

(3) Die Neugründung eines Bezirksverbandes setzt die Mitgliedschaft von mindestens 250 Mitgliedern im Bereich des betreffenden Gebiets nach Abs. (1) voraus. Sie erfolgt durch Mehrheitsbeschluß in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der an der Gründung sich beteiligenden Kreisverbände. Zuvor müssen die gründungswilligen Kreisverbände jeweils mit einfacher Mehrheit auf gesonderten Mitgliederversammlungen ihre Beteiligung beschließen. Sind diese Beschlüsse gefaßt, ist auf Antrag von mindestens zwei Vorständen dieser Kreisverbände durch den bestehenden Bezirksvorstand binnen drei Wochen zur gemeinsamen Gründungsversammlung einzuladen; diese muss binnen weiteren vier Wochen stattfinden.

(4) Die Bezirks- und Kreisverbände haben Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie. Ihre Satzungen dürfen den Satzungen der übergeordneten Gebietsverbände jedoch nicht widersprechen.

(5) In den Kreisverbänden können sich Ortsverbände als rechtlich unselbständige Gebietsverbände gründen. Die Gründung eines Ortsverbandes setzt die Mitgliedschaft von mindestens 7 Mitgliedern im Bereich des zu gründenden Ortsverbandes voraus. Ortsverbände sind die Organisation der AfD im Bereich einer oder mehrerer aneinander angrenzenden politischen Gemeinden oder in einem oder mehreren aneinander angrenzenden Stadtteilen innerhalb eines Kreisverbandes. Die Gründung erfolgt auf Beschluss der Mehrheit der auf einer Mitgliederversammlung anwesenden, in den Grenzen des betreffenden neuen Gebietsverbandes wohnhaften Mitglieder und bedarf der Genehmigung des Kreisvorstands. Diese darf erst erteilt werden, wenn ein satzungsgemäßer Vorstand gewählt ist. Verweigert der Kreisvorstand die Genehmigung, so entscheidet auf Antrag der betroffenen Mitglieder der Bezirksvorstand. Die Ladung hat auf Antrag von 7 Mitgliedern der zu gründenden Gliederung zeitnah durch den Vorstand der nächsthöheren Gliederungsebene zu

erfolgen. Der Bezirksvorstand hat innerhalb von drei Wochen zu der erforderlich gewordenen Mitgliederversammlung zu laden, welche innerhalb von weiteren sechs Wochen stattfinden muss.

(6) Besteht ein Kreisverband aus zwei oder mehr Landkreisen und/oder kreisfreien Städten, so können die innerhalb eines Landkreises bzw. einer kreisfreien Stadt wohnhaften Mitglieder nach Maßgabe des Abs. (2) einen neuen Kreisverband gründen (Ausgründung). Entsprechendes gilt für Ortsverbände nach Maßgabe des Abs. (4).

(7) Spaltet sich eine Gliederungsebene auf, werden das Vermögen und die Verbindlichkeiten zum Stichtag der Gründung durch die Anzahl der Mitglieder geteilt. Vereinigen sich mehrere Verbände der gleichen Gliederungsebene, so geht das Vermögen und die Verbindlichkeiten zum Stichtag der Gründung an den vereinigten Verband über.

#### **Begründung:**

- 1) Die hohen Mitgliederanteile in den großstädtischen Ballungsräumen erfordern eine Umstrukturierung, um ein annäherndes organisatorisches Gleichgewicht aller bayerischen Gliederungen herzustellen. München und Nürnberg sollen daher zu eigenen Bezirksverbänden hochgestuft werden, so daß sich darunter autonome Kreisverbände bilden können > Abs. (1).
- 2) Die bisherige Satzung hatte Regelungslücken bzw. -unklarheiten für die Teilung verbundener Kreisverbände („Ausgründungen“) enthalten. Diese Lücken werden geschlossen .

Neu:

## **§ 5 Landesparteitag**

### **(4) Delegiertenparteitag**

Delegiertenparteitage finden mit folgender Zusammensetzung statt:

- a) Die Mitglieder des Landesvorstandes sind kraft Satzung Mitglieder des Landesparteitages.
- b) Jeder Kreisverband entsendet einen stimmberechtigten Delegierten je angefangene 15 Mitglieder. Es ist auf den Mitgliederbestand zum Ende des vorletzten Quartals vor dem Landesparteitag abzustellen. Bei Erhöhung oder Verringerung der Mitgliederzahl seit der letzten Delegiertenwahl rücken Ersatzdelegierte zu Delegierten auf oder umgekehrt. Die Delegierten werden von den Mitgliedern der Kreisverbände für jeweils zwei Jahre gewählt. Sie müssen selbst Mitglied der Partei sein. Die Kreisverbände haben die Ergebnisse von Delegiertenwahlen .....

### **Einberufung**

(6) Der Landesvorstand beschließt die Einberufung eines ordentlichen Landessparteitags unter Festlegung der vorläufigen Tagesordnung, des Tagungsortes, des Datums und der Uhrzeit. Umgesetzt wird die Einberufung durch die schriftliche Ladung der Mitglieder/Delegierten mit einer Frist von mindestens drei Wochen. Eine Einladung per E-Mail ist möglich, sofern das Mitglied eine E-Mail Adresse hinterlegt hat. Die zum Verständnis der Tagesordnungspunkte erforderlichen Unterlagen sind mit zugänglich zu machen. Im Falle einer Verlegung muss in der gleichen Art eingeladen und eine Frist von zwei Wochen gewahrt werden. Für die ordnungsgemäße Durchführung der Ladung ist der Vorsitzende verantwortlich, sofern nicht nach der Geschäftsordnung oder durch Beschluß des Vorstands ein anderes Mitglied zuständig ist. In der Ladung soll der Verantwortliche kenntlich machen, daß sie im Namen des Vorstands erfolgt. Text-, Schreib- und Sinnfehler sowie sonstige Unklarheiten beeinträchtigen die Wirksamkeit der Ladung nicht, solange aus der Sicht eines normalen Empfängers Ort, Zeit und Gegenstand der Versammlung deutlich erkennbar sind und im Zweifel durch eine Rückfrage Aufklärung erlangt werden kann.

#### **Begründung:**



Die Vorschrift ist über § 8 (1) für die Mitgliederversammlungen aller Gebietsverbände anzuwenden, ist also von hoher Wichtigkeit. Bei den zurückliegenden Aufstellungs- und sonstigen Versammlungen hat es eine hohe Anzahl von Anfechtungen gegeben, bei denen allein formale Ladungsfragen zur Begründung herangezogen wurden. Obwohl sich keine dieser Anfechtungen sich als begründet erwies, mußten sie aufwendig bearbeitet werden und führten neben einer gravierenden Belastung der Schiedsgerichtsbarkeit zu einer erheblichen Verunsicherung in den beteiligten Kandidaten- und Mitgliederkreisen. Das Ladungswesen dient der Kommunikation; es soll Rechtssicherheit erzeugen und nicht verhindern. Die vorgesehenen textlichen Ergänzungen sind geeignet, Ladungen sicherer zu machen.

Neu (abgeglichen mit § 8 I, § 9 I PartG)

## § 6 Wahl und Entsendung von Bundesdelegierten

(1) Delegierte für Bundesparteitage werden für höchstens zwei Jahre durch die Kreisversammlungen aus ihrer Mitte gewählt. Die Versammlung wählt die vorgegebene Anzahl von Delegierten und soll mindestens die doppelte Anzahl von Ersatzdelegierten wählen. Die Anzahl der in den Kreisverbänden zu wählenden Delegierten ergibt sich aus der Anzahl der Bundesdelegierten, die der Landesverband Bayern zu entsenden hat. Die Verteilung der Delegierten über die Kreisverbände wird nach Hare-Niemeyer vorgenommen. Maßgeblich ist dabei der Mitgliederbestand am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

(2) Kreisverbände, die im Zeitpunkt der Einladung zu einem Bundesparteitag ganz oder teilweise nicht in der Lage sind, die ihnen nach Abs. (1) zustehenden Delegierten zu entsenden, haben dies durch ihren Vorstand unverzüglich der Landesgeschäftsstelle zu melden. Sobald die Meldungen dort eingegangen sind, erlöschen insoweit die Entsendungsbefugnisse der betreffenden Kreisverbände und gehen auf die am Stichtag gem. Abs. (1) ermittelten mitgliederstärksten Kreisverbände über, und zwar in der Reihenfolge nach der Stärke der Mitgliederzahl. Die damit zur Entsendung bestimmten Ersatzdelegierten sind umgehend zu unterrichten; die Delegiertenliste gem. § 11 (9) der Bundessatzung ist unverzüglich zu berichtigen.

(3) Den Bundesdelegierten werden Reisekosten erstattet, sofern dies die Kreisverbände in Anwendung des § 11 Abs. 25 der Bundessatzung beschließen.

(4) Für die Delegiertenwahl zur Europawahlversammlung gilt § 6 Abs. 1 bis 2 entsprechend. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Europawahlgesetzes.

### Begründung:

Bisher sind die Stimmen von Delegierten verfallen, wenn sowohl sie als auch die Ersatzdelegierten verhindert waren. Dies wird mit > Abs. (2) korrigiert.

Neu:

## § 7 Aufstellungsversammlungen für öffentliche Wahlen

(1) ...

(2) ...

(3) Die Ladungsfrist beträgt mindestens zwei Wochen.

(9) Die Wahl der Bewerber zu Gemeindewahlen erfolgt durch den betreffenden Ortsverband, oder hilfsweise durch den Kreisverband. Dieser entscheidet auch über etwaige Listenverbindungen mit anderen Parteien oder Wählergruppen. Beschlüsse über Listenverbindungen sind unverzüglich dem Landesvorstand mitzuteilen. Dieser entscheidet über die Zulässigkeit. Hat der Landesvorstand innerhalb einer Woche nach Zugang der Mitteilung gegenüber dem betreffenden Verband keine entgegenstehende Erklärung abgegeben, gilt die Listenverbindung als zugelassen.

### Begründung:

Die bisherige Ladungsfrist von 4 Wochen hat keinerlei ersichtliche Vorteile gebracht, im Gegensatz dazu jedoch bei vielen Kreisverbänden zu Erledigungsnöten geführt. Listenverbindungen zu Kommunalwahlen waren bisher nicht geregelt.

Neu (abgeglichen mit § 9 IV, § 11 I, III PartG):

## § 12 Vorstand des Gebietsverbands

(1) Der Vorstand eines Gebietsverbands besteht mindestens aus mindestens drei Mitgliedern, von denen einer die Funktion des Vorsitzenden sowie zwei die seines Stellvertreters innehaben; ein Vorstandsmitglied hat als Schatzmeister, bei unselbstständigen Gliederungen als Kassenführer, eines als Schriftführer tätig zu sein.

(2) Ist dies nicht der Fall oder ist der gewählte Vorstand aus anderen Gründen nicht nur vorübergehend beschluss- oder handlungsunfähig, so lädt der Vorstand der jeweils höheren Gliederung mit einer Ladungsfrist von zwei Wochen zu einer Mitgliederversammlung ein, auf der anstelle des bisherigen Vorstands ein neuer Vorstand gewählt wird. Die bisherigen Vorstandsämter erlöschen mit dem Beginn des Wahlgangs. Kommt es weder dabei noch nach einer weiteren Mitgliederversammlung zur Wahl eines handlungsfähigen Vorstands, setzt der Vorstand der höheren Gliederung einen Notvorstand, bestehend aus einem von ihm zu bestimmenden Vorsitzenden, Schatzmeister und Schriftführer ein, letztere zugleich als Vertreter des Vorsitzenden.

(3) Im Übrigen gelten die Regelungen der §§ 9 Absatz 3 bis 5, § 10 Absatz 1 bis 3, § 11 Abs. 1 bis Abs. 3 entsprechend.

### Begründung:

Die bisherige Regelung zum beschluß- bzw. handlungsunfähigen Gebietsvorstand führte zu Unklarheiten. Diese sollen beseitigt werden.

Neu:

## § 14 Landesschiedsgericht

Das Landesschiedsgericht besteht aus mindestens drei und höchstens sechs Richtern. Im Übrigen richten sich Zusammensetzung und Verfahren nach der jeweils gültigen Schiedsgerichtsordnung.

Schubert  
Schriftführer und Justitiar des Landesvorstandes

Zeitstempel	E-Mail-Adresse	Vorname Name	Funktion, Kreisverband	§ 5 Absatz 13 Abwahl LaVo-Mitglieder	§ 3 Abs. 2 Gründung von KV/OV	§ 12 Abs. 2 Beschlussfähigkeit	§ 3 Abs. 1 Gliederung der KV nach Landkreisgrenzen
11.8.2018 15:45:51	afd@florianjaeger.de	Florian Jäger	Vorsitzender, KV FFB	Antragssteller	Antragssteller	Antragssteller	Antragssteller
11.8.2018 17:16:09	dorothe.merlot@afdbayern.de	Dorothe Merlot	2. stellv. BVV, KV OA-LI-KE	Ja	Ja	Ja	Ja
11.8.2018 17:44:15	reinhard.mixl@afdbayern.de	Reinhard Mixl			Ja	Ja	Ja
11.8.2018 18:06:42	sidamgrotzki@arcor.de	Wolfgang Sidamgrotzki	LFA-Sprecher, Obb s/w	Ja	Ja	Ja	Ja
11.8.2018 19:21:46	dirk.hohensohn@web.de	Dirk Hohensohn	München Land	Ja	Ja		
11.8.2018 19:29:46	wolfgang.kellermann@gmx.de	Wolfgang Kellermann	KVV KV Erding	Ja	Ja		Ja
11.8.2018 23:47:10	juanita.klunk@afdbayern.de	Juanita Klunk		Ja	Ja	Ja	Ja
11.9.2018 9:58:19	reinhardkistner@gmx.de	Reinhard Kistner	Vorsitzender KV Augsburg-Land	Ja	Ja	Ja	Ja
11.9.2018 11:38:25	gerold.otten@afdbayern.de	Gerold Otten	Stv. Landesvorsitzender, München-Land				
11.9.2018 11:47:14	genith.karl@web.de	Karl Genitheim	Mitglied	Ja	Ja	Ja	
11.9.2018 16:35:25	braun.tom@afdbayern.de	tom braun		Ja	Ja	Ja	Ja
11.9.2018 17:07:53	ra@ines-oppel.de	Ines oppel	KV München-Nord		Ja		
11.9.2018 17:37:04	juanita.klunk@afdbayern.de	Juanita Klunk	KV Ansbach-Weißenburg, Schatzmeister	Ja		Ja	
11.9.2018 20:14:46	darthferkel@yahoo.de	Max Öttl	Kreisschatzmeister, Erding		Ja	Ja	Ja
11.9.2018 20:58:49	dorothe.merlot@afdbayern.de	Dorothe Merlot	2. stellv. BVV, KV Oberallgäu-Lindau-Kempton				Ja

# **Antrag auf Änderung der bayerischen Landessatzung 3-1- FJ**

**Antragsteller: Florian Jäger**

Es wird beantragt, § 3 Abs. 1 der Landessatzung wie folgt zu ändern.

§ 3 Abs. 1 Alt:

*Der Landesverband gliedert sich in Bezirks- Kreis- und Ortsverbände.  
Der Kreisverband ist der Gebietsverband der AfD in den Grenzen eines oder mehrerer Landkreise und/oder einer oder mehrerer kreisfreien Städte. Die Tätigkeit eines Bezirksverbandes erstreckt sich auf das Gebiet des jeweiligen Regierungsbezirks.  
Ausnahmen genehmigt der Landesvorstand.*

§ 3 Abs 2 Neu:

*Der Landesverband gliedert sich in Bezirks- Kreis- und Ortsverbände.  
Der Kreisverband ist der Gebietsverband der AfD in den Grenzen eines oder mehrerer Landkreise und/oder einer oder mehrerer kreisfreien Städte. Die Tätigkeit eines Bezirksverbandes erstreckt sich auf das Gebiet des jeweiligen Regierungsbezirks.*

Begründung:

Die Satzung ist „Grundgesetz“ unseres Landesverbandes. Die Festlegung der Gliederungsstruktur des Landesverbandes durch die Landessatzung garantiert Stabilität und Planungssicherheit für die bestehenden Gliederungen.

Die Möglichkeit einer quasi satzungsrangigen Entscheidungsmöglichkeit alleine durch den Landesvorstand zieht bei jeder derartigen Entscheidung erhebliche Unruhe im Umfeld der neuen Gliederung nach sich denn Gegner der Entscheidung werden diese immer als willkürlich empfinden.

Im Fall einer Ablehnung des o.g. Antrages wird Antrag wie folgt gestellt:

In § 3 Abs. 1 wird der Satz „Ausnahmen genehmigt der Landesvorstand“ ersetzt durch „Ausnahmen können auf Antrag durch die Mitgliederversammlung einer, der beantragten, neuen Gliederung hierarchisch übergeordneten Gliederung beschlossen werden.“

Begründung:

Das demokratische Votum einer Mitgliederversammlung wird immer eine größere Akzeptanz finden und schließt den Verdacht von Willkür von vorn herein aus. Dies dient dem Parteifrieden und schützt auch den Landesvorstand vor jedem Willkürverdacht.

Antragsteller:

**Florian Jäger**  
Claudia Zeiler

936

# Antrag auf Änderung der bayerischen Landessatzung 3-2u4-FJ

**Antragsteller: Florian Jäger**

Es wird beantragt, § 3 Abs. 2 der Landessatzung wie folgt zu ändern und § 3 Abs. 4 zu streichen.

§ 3 Abs. 2 Alt:

*Die Gründung eines Kreis- oder Ortsverbandes setzt die Mitgliedschaft von mindestens 15 Mitgliedern im Bereich des zu gründenden Kreis/Ortsverbandes voraus. Die Gründung erfolgt auf Beschluss der Mehrheit der auf einer Mitgliederversammlung anwesenden, in den Grenzen des betreffenden neuen Gebietsverbandes wohnhaften Mitglieder und bedarf der Genehmigung des Bezirksvorstands. Verweigert der Bezirksvorstand seine Zustimmung zur Gründung der Gliederung, so entscheidet auf Antrag der betroffenen Mitglieder der Landesvorstand. Die Ladung hat auf Antrag von 5 Mitgliedern der zu gründenden Gliederung zeitnah durch den Vorstand der nächsthöheren Gliederungsebene zu erfolgen.*

§ 3 Abs 2 Neu:

*Die Gründung eines Kreis- oder Ortsverbandes setzt die Mitgliedschaft von mindestens 15 Mitgliedern im Bereich des zu gründenden Kreisverbandes bzw. 7 Mitgliedern im Bereich des zu gründenden Ortsverbandes voraus. Die Gründung erfolgt auf Beschluss der Mehrheit der auf einer Mitgliederversammlung anwesenden, in den Grenzen des betreffenden neuen Gebietsverbandes wohnhaften Mitglieder und bedarf der Genehmigung des Bezirksvorstands. Verweigert der Bezirksvorstand seine Zustimmung zur Gründung der Gliederung, so entscheidet auf Antrag der betroffenen Mitglieder der Landesvorstand. Die Ladung hat auf Antrag von 5 Mitgliedern der zu gründenden Gliederung zeitnah durch den Vorstand der nächsthöheren Gliederungsebene zu erfolgen.  
Ortsverbände werden als rechtlich unselbständige Gebietsverbände gegründet.*

Begründung:

Die Absätze 2 und 4 der Satzung haben durch widersprüchliche Aussagen über die Mindestanzahl der Mitglieder auf dem Gebiet der zu gründenden Gliederung haben in der Vergangenheit zu Missverständnissen und Fehlern bei der Antragstellung geführt.

Die Änderung bedeutet eine Klarstellung und Vereinfachung der Regelung und ermöglicht die Streichung eines überflüssigen Absatzes.

Antragsteller:

**Florian Jäger** 936

Stefan Pirzer10573962

## **Antrag auf Änderung der bayerischen Landessatzung 5-13-FJ**

### **Antragsteller: Florian Jäger**

Es wird beantragt, § 5 Abs. 13 der Landessatzung wie folgt zu ändern

§ 5 Abs. 13 Alt:

*Der Landesparteitag kann den Landesvorstand oder einzelne seiner Mitglieder mit Zweidrittelmehrheit abwählen. Ein Antrag auf Abwahl kann nur gestellt werden, wenn er mindestens zwei Wochen vor Beginn des Landesparteitages beim Landesvorstand eingegangen und von mindestens drei Prozent der Mitglieder namentlich unterzeichnet ist.*

*Der Landesvorstand hat unverzüglich alle stimmberechtigten Mitglieder bzw. Delegierten auf den Eingang eines Antrags auf Abwahl hinzuweisen.*

§ 5 Abs 13 Neu:

*Der Landesparteitag kann den Landesvorstand oder einzelne seiner Mitglieder mit einfacher Mehrheit abwählen. Ein Antrag auf Abwahl kann nur gestellt werden, wenn er mindestens zwei Wochen vor Beginn des Landesparteitages beim Landesvorstand eingegangen und von mindestens drei Prozent der Mitglieder namentlich unterzeichnet ist.*

*Der Landesvorstand hat unverzüglich alle stimmberechtigten Mitglieder bzw. Delegierten auf den Eingang eines Antrags auf Abwahl hinzuweisen.*

Begründung:

Dank des Einsatzes unseres Landesvorsitzenden Martin Sichert in der Gründungsphase des Landesverbandes war in der ersten Satzung die einfache Mehrheit als Voraussetzung für die Abwahl von Mitgliedern des Landesvorstandes festgeschrieben.

Die Hürde einer Zweidrittelmehrheit wurde dann später auf Betreiben eines höchst fragwürdigen Landesvorstandes in die Satzung gebracht.

Man stelle sich einen Landesvorstand vor, der von 65% der Mitglieder auf einem Parteitag abgewählt wird und sein Amt dann unter Berufung auf diese Hürde weiter ausüben will.

Diese Vorstellung ist gänzlich absurd, deshalb rechnen die Antragsteller mit der Unterstützung des Landesvorstandes für diesen Antrag.



Antragsteller:

<b>Florian Jäger</b>	936
Stefan Pirzer	10573962
Peter A. Gebhardt	2333
Claudia Zeiler	

# Antrag auf Änderung der bayerischen Landessatzung Satzung-12-2-FJ

## Antragsteller: Florian Jäger

Es wird beantragt, § 12 Abs. 2 der Landessatzung wie folgt zu ändern

### § 12 Abs. 2 Alt:

*Der Vorstand einer Gliederung ist beschlussunfähig, wenn er nicht aus mindestens drei gewählten Mitgliedern besteht. Hat ein Gebietsverband keinen Vorstand oder ist der gewählte Vorstand beschluss- oder handlungsunfähig, so muss unverzüglich der Vorstand der jeweils höheren Gliederungsebene mit einer Ladungsfrist von zwei Wochen zu einer Mitgliederversammlung einladen, auf der ein neuer, bzw. beschluss- oder handlungsfähiger Vorstand zu wählen ist.*

### § 12 Abs 2 Neu:

*Hat ein Gebietsverband keinen Vorstand oder ist der gewählte Vorstand beschlussunfähig, so muss unverzüglich der Vorstand der jeweils höheren Gliederungsebene mit einer Ladungsfrist von zwei Wochen zu einer Mitgliederversammlung einladen. Hat die Gliederung keinen Vorstand so ist zu einer Neuwahl zu laden, ist der Vorstand beschlussunfähig so ist zur Nachwahl aller Positionen zu laden, die gemäß dem letzten gültigen Beschluss der Mitgliederversammlung über die Zusammensetzung des Gliederungsvorstandes zum Zeitpunkt der Ladung nicht besetzt sind.*

### Begründung:

1. Streichung des ersten Satzes: Dieser Satz führte schon vielfach zu der Ansicht, dass ein Vorstand, der aus drei gewählten Mitgliedern besteht, auch dann beschlussfähig ist, wenn die Anforderungen aus Abs. 1, also mindestens einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter und einem Schatzmeister nicht erfüllt sind.

Insbesondere im Bezug auf den Schatzmeister ist diese Interpretation fatal!

Dem Schatzmeister kommt innerhalb jedes Vorstandes eine unverzichtbare Rolle zu. Der Schatzmeister ist derjenige, der den Mitgliedern gegenüber dafür verantwortlich ist, dass die finanziellen Mittel der Gliederung ausschließlich für Zwecke verwendet werden, die den Zielen unserer Partei dienen.

Noch wichtiger ist die Rolle des Schatzmeisters für die Abgabe des Rechenschaftsberichtes an die Bundestags- und zukünftig auch Landtagsverwaltung zur Erlangung der Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung.

Jeder Gliederungsverband, der seine Ausgaben und Buchungen nicht Satzungs- und parteirechtskonform ausführt, gefährdet die finanzielle Existenz unserer Partei.

2. Die Verschachtelung der Formulierung bei den Voraussetzungen für Neu- oder Nachwahlen lässt die Interpretation zu, dass der einladende Vorstand eine Entscheidungsfreiheit hätte, ob er zu Neu- oder Nachwahlen lädt. Dies hat in der Vergangenheit zu unnötigen Schiedsgerichtsverfahren geführt und muss deshalb sprachlich präzisiert werden.

Antragsteller:

<b>Florian Jäger</b>	936
Stefan Pirzer	10573962
Peter A. Gebhardt	2333
Claudia Zeiler	

Zeitstempel	E-Mail-Adresse	Vorname Name	Funktion, Kreisverband	§ 5 (7) Dringlichkeitsanträge	§ 5 (12) Vorstand nur Mitglieder	§ 4 (3) GO PT Protokoll- Veröffentlichung	§ 4 Abs. 4 GO PT Audio-Protokoll	GO Parteilage § neu Antragskommission	§ 5 (15) Änderung von Satzung und Ordnungen durch den LPT	§ 24 (2) FBO und WO mit Satzungsrang	§ 1 WO
ANTRAGSSTELLER	<a href="mailto:werner.meier@afdbayern.de">werner.meier@afdbayern.de</a>	Werner Meier	KVV Amberg Neumarkt	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11.8.2018 13:25:34	<a href="mailto:claudia.marino@afdbayern.de">claudia.marino@afdbayern.de</a>	Claudia Marino	Mitglied LPK, KV Amberg-Neumarkt	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11.8.2018 15:16:15	<a href="mailto:christian.mueller@afdbayern.de">christian.mueller@afdbayern.de</a>	Christian Müller	Landesschatzmeister	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja
11.8.2018 15:31:39	<a href="mailto:haas.andreas@afdbayern.de">haas.andreas@afdbayern.de</a>	Andreas Haas	Kreisvorsitzender, KV FÜ/NEA	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja
11.8.2018 15:43:34	<a href="mailto:erich1938@t-online.de">erich1938@t-online.de</a>	Gerd Heitzer	DEG	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja
11.8.2018 15:45:22	<a href="mailto:rafael.hauptmann@gmail.com">rafael.hauptmann@gmail.com</a>	Rafael Hauptmann	Schatzmeister BV Schwaben, Stellv. Vorsitz	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja
11.8.2018 15:45:51	<a href="mailto:afd@florianjaeger.de">afd@florianjaeger.de</a>	Florian Jäger	Vorsitzender, KV FFB	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja
11.8.2018 15:58:08	<a href="mailto:werner.meier@afdbayern.de">werner.meier@afdbayern.de</a>	Werner Meier	Kreisvorsitzender	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11.8.2018 16:02:24	<a href="mailto:rafael.hauptmann@gmail.com">rafael.hauptmann@gmail.com</a>	Rafael Hauptmann	Schatzmeister BV Schwaben, Stellv. Vorsitz	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja
11.8.2018 17:16:09	<a href="mailto:dorothe.merlot@afdbayern.de">dorothe.merlot@afdbayern.de</a>	Dorothe Merlot	2. stellv. BVV, KV OA-LI-KE	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11.8.2018 17:44:15	<a href="mailto:reinhard.mixl@afdbayern.de">reinhard.mixl@afdbayern.de</a>	Reinhard Mixl		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11.8.2018 18:06:42	<a href="mailto:sidamgrotzki@arcor.de">sidamgrotzki@arcor.de</a>	Wolfgang Sidamgrotzki	LFA-Sprecher, Obb s/w	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11.8.2018 19:21:46	<a href="mailto:dirk.hohensohn@web.de">dirk.hohensohn@web.de</a>	Dirk Hohensohn	München Land	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja		Ja
11.8.2018 19:29:46	<a href="mailto:wolfgang.kellermann@gmx.de">wolfgang.kellermann@gmx.de</a>	Wolfgang Kellermann	KVV KV Erding	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11.8.2018 23:47:10	<a href="mailto:juanita.klunk@afdbayern.de">juanita.klunk@afdbayern.de</a>	Juanita Klunk		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja
11.9.2018 9:58:19	<a href="mailto:reinhardkistner@gmx.de">reinhardkistner@gmx.de</a>	Reinhard Kistner	Vorsitzender KV Augsburg-Land	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja
11.9.2018 11:38:25	<a href="mailto:gerold.otten@afdbayern.de">gerold.otten@afdbayern.de</a>	Gerold Otten	Stv. Landesvorsitzender, München-Land		Ja	Ja		Ja		Ja	Ja
11.9.2018 11:47:14	<a href="mailto:genith.karl@web.de">genith.karl@web.de</a>	Karl Genitheim	Mitglied	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11.9.2018 16:35:25	<a href="mailto:braun.tom@afdbayern.de">braun.tom@afdbayern.de</a>	tom braun			Ja	Ja			Ja	Ja	
11.9.2018 17:07:53	<a href="mailto:ra@ines-oppel.de">ra@ines-oppel.de</a>	Ines oppel	KV München-Nord	Ja	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja
11.9.2018 17:37:04	<a href="mailto:juanita.klunk@afdbayern.de">juanita.klunk@afdbayern.de</a>	Juanita Klunk	KV Ansbach-Weißenburg, Schatzmeister		Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja

## **Satzungsänderungsantrag**

### **Dringlichkeitsanträge in die Satzung**

§ 5 Abs. 7

#### **Ergänzung:**

<sup>5</sup>Vorstehende Fristen gelten auch für Anträge auf Erweiterung der vorgeschlagenen Tagesordnung.

<sup>6</sup>Über die Aufnahme fristgerecht beantragter zusätzlicher Tagesordnungspunkte entscheidet der Parteitag mit einfacher Mehrheit.

<sup>7</sup>Die Aufnahme nicht fristgerecht beantragter zusätzlicher Tagesordnungspunkte ist nur möglich, wenn der Parteitag mit Zweidrittelmehrheit zustimmt.

<sup>8</sup>Nach der Feststellung der Tagesordnung durch den Parteitag ist eine Aufnahme weiterer neuer Tagesordnungspunkte nicht mehr zulässig.

<sup>9</sup>Nicht fristgerecht eingereichte Anträge zu einem Tagesordnungspunkt (sog. Dringlichkeits- oder Initiativanträge) können nur behandelt werden, wenn sie vom Landesvorstand oder schriftlich von mindestens zwanzig Mitgliedern/Delegierten gestellt werden und der Parteitag der Behandlung zustimmt.

#### **Begründung:**

Die bayerische Landessatzung sieht keine Dringlichkeitsanträge vor. Das führt regelmäßig zu Unstimmigkeiten, insbesondere da dies der GO Parteitage widerspricht.

Deshalb soll hier die Regelung aus der Landessatzung NRW übernommen werden.

## **Satzungsänderungsantrag**

### **Vorstand muss Mitglied der Gliederung sein**

§ 5 Abs. 12

#### **Alt:**

Der Landesparteitag wählt den Landesvorstand in jedem zweiten Kalenderjahr. Werden einzelne Mitglieder nachgewählt, richtet sich ihre Amtszeit nach der verbliebenen Amtszeit des Gesamtvorstands. Die Gewählten bleiben bis zur Wahl der Nachfolger im Amt.

#### **Neu:**

Der Landesparteitag wählt den Landesvorstand in jedem zweiten Kalenderjahr. **Wählbar ist nur, wer Mitglied des Landesverbands ist; mit der Beendigung der Mitgliedschaft im Landesverband endet auch das Amt.** Werden einzelne Mitglieder nachgewählt, richtet sich ihre Amtszeit nach der verbliebenen Amtszeit des Gesamtvorstands.

#### **Begründung:**

Nach der bayerischen Landessatzung wäre es theoretisch möglich, dass ein Mitglied eines anderen Landesverbands, oder sogar ein Nicht-Parteimitglied Landesvorstand werden könnte.

Hinweis: Selbiges gilt auch für die Vorstände der unteren Gliederungen, d.h. die obige Anpassung bestimmt, dass in Verbindung mit § 12 Abs. 3 auch Vorstände der unteren Gliederungen Mitglied der jeweiligen Gliederung sein müssen.

## **Änderungsantrag Geschäftsordnung für Parteitage**

### **Veröffentlichung des Protokolls auf der parteiinternen Webseite**

§ 4 Absatz 3

#### **Alt:**

Die Protokolle sind vom Tagungspräsidium und den Protokollführern zu unterzeichnen und binnen vier Wochen nach dem Parteitag den Mitgliedern zugänglich zu machen.

#### **Neu:**

Die Protokolle sind vom Tagungspräsidium und den Protokollführern zu unterzeichnen. **Der Schriftführer des Landesvorstands stellt sicher**, dass binnen vier Wochen nach dem Parteitag den Mitgliedern **in der Landesgeschäftsstelle und auf der parteiinternen Webseite das Protokoll** zugänglich gemacht wird.

#### **Begründung:**

Konkretisierung und Verantwortlichkeit der Veröffentlichung des Protokolls.

## **Änderungsantrag Geschäftsordnung für Parteitage**

### **Audio-Protokoll**

§ 4 Absatz 4 neu

#### **Ergänzung:**

Der Landesvorstand stellt sicher, dass über den gesamten Parteitag ein Audio-Mitschnitt aufgezeichnet wird. Die Aufzeichnung wird der Versammlungsleitung und den Protokollführern vollumfänglich innerhalb von zwölf Stunden nach Beendigung des Parteitags in einem komprimierten Format zur Verfügung gestellt.

#### **Begründung:**

Der Beratungsverlauf und die Beschlüsse der letzten Parteitage waren oftmals umstritten. Die Mitzeichnung des Tonsignals eines Parteitages ist technisch ohne großen Aufwand möglich und gewährleistet exakte Protokollierung.



## **Änderungsantrag Geschäftsordnung für Parteitage „Antragskommission“**

Neuer Paragraf „Antragskommission“  
(als neuer § 4)

- (1) Der Landesvorstand bestellt eine Antragskommission, die alle vorliegenden Anträge auf Zulässigkeit prüft, nummeriert und sortiert. Der Landesparteitag kann die vom Landesvorstand bestellte Antragskommission um weitere Mitglieder ergänzen. Im Anschluss wählt die Antragskommission einen Sprecher aus ihrer Mitte.
- (2) Die Antragskommission nimmt die während des Parteitags schriftlich eingehenden Anträge an, prüft sie auf ihre Zulässigkeit, nummeriert und sortiert sie.
- (3) Die Antragskommission legt alle vorliegenden Anträge dem Tagungspräsidium zur Weiterbehandlung vor.
- (4) Auf Programmparteitagen bestellt der Landesvorstand die Sprecher der Landesfachausschüsse als Antragskommission.

Begründung:

Für eine gute Vorbereitung und einen strukturierten Ablauf von Parteitag ist eine Antragskommission unumgänglich.

## **Satzungsänderungsantrag**

### **Änderung von Satzung und Ordnungen durch den LPT**

#### **§ 5 Absatz 15 Landessatzung**

ALT:

Entscheidungen über Satzungsänderungen bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Ungültige Stimmabgaben und Enthaltungen zählen dabei nicht mit. Über einen Antrag auf Satzungsänderung kann nicht auf einem außerordentlichen Parteitag verhandelt werden. Ein Antrag auf Satzungsänderung muss mindestens zwei Wochen vor Beginn des Landesparteitages beim Landesvorstand eingegangen sein. Satzungsanträge, die aufgrund einer Empfehlung einer Behörde der Bundesrepublik Deutschland erfolgen, können auch ohne Antragsfrist auf dem Parteitag zur Abstimmung gestellt werden.

NEU:

Entscheidungen über Satzungsänderungen bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Ungültige Stimmabgaben und Enthaltungen zählen dabei nicht mit. Über einen Antrag auf Satzungsänderung kann nicht auf einem außerordentlichen Parteitag verhandelt werden. **Der Landesparteitag kann als oberstes Organ des Landesverbands die Beschlussfassung über jede Satzung und Ordnung des Landesverbands und der Gremien des Landesverbands an sich ziehen, auch wenn die grundsätzliche Beschlussfassung anderen Vorständen oder Gremien übertragen ist.** Ein Antrag auf Änderung der Satzung **oder einer Ordnung** muss mindestens zwei Wochen vor Beginn des Landesparteitages beim Landesvorstand eingegangen sein. Satzungsanträge, die aufgrund einer Empfehlung einer Behörde der Bundesrepublik Deutschland erfolgen, können auch ohne Antragsfrist auf dem Parteitag zur Abstimmung gestellt werden.

#### **Begründung:**

Die Mitglieder sind der Souverän der Partei und sollen uneingeschränkt auch über Satzungen und Ordnungen des Landesverbands beschließen können.

Auch wenn die Satzung zum Beispiel dem Landesvorstand den Beschluss der Geschäftsordnung der Landesprogrammkommission überträgt muss der Parteitag die Möglichkeit haben, hier korrigierend einzugreifen.

Mit dem Beschluss dieser Regelung ist ein Teil des Antrags zu § 16 Absatz 1 Landessatzung obsolet.

Antragssteller:

Werner Meier

## **Satzungsänderungsantrag Ordnungen mit Satzungsrang**

§ 24 Inkrafttreten, **andere Ordnungen**

Ergänzung als zweiter Absatz

(2) Die Finanzordnung und die Wahlordnung des Landesverbands haben Satzungsrang.

### **Begründung:**

Im Bundesverband und in allen (bekannten) Landesverbänden wurden die FBO und die WO bereits auf Satzungsrang angehoben. Das sollten wir im LV Bayern auch nachholen.

Antragssteller:

Werner Meier, KVV Amberg-Neumarkt, [werner.meier@afdbayern.de](mailto:werner.meier@afdbayern.de)

## **Änderungsantrag Wahlordnung „Redaktionelle Fehlerkorrektur Bund/Land“**

### **§ 1**

Diese Wahlordnung gilt für alle Wahlen **im Landesverband** ~~in der Partei~~, soweit nicht ~~Landesverbände oder ihre~~ Untergliederungen eigene Wahlordnungen beschließen.

Begründung:

Redaktionelle Fehlerkorrektur

Antragssteller: Werner Meier

## Antrag auf Änderung der Wahlordnung.

Röfingen, den 08.11.2018

Antragsteller:

Karl Genitheim, Bergstraße 17 89365 Röfingen

AfD KV-Günzburg Mitglied. Nr.11960

**Unterstützer:** Eva Ditrichsons M-Nr.10611630, Georg Höhenleitner M-Nr.3375, Friedrich Holzwarth M-Nr.695, Renate Deuerling M-Nr.10972, Klaus Deuerling M-Nr.10569299, Johannes Normann M-Nr.4592, Juanita Klunk M-Nr. 4976, Anton Fink M-Nr. 10587996, Hans-Peter Hadry M-Nr.10607174, Eberhard Doller M-Nr.10597280.

**Um den Einfluss von Seilschaften und unnötige Wahlgänge zu reduzieren möge die Versammlung des Landesparteitages am 24. / 25. Nov. 2018 folgende Änderungen beschließen:**

### 1.) Gänzliche Streichung des Wahlverfahrens „Akzeptanzwahl“

#### Begründung:

Wer bei der Akzeptanzwahl mehr "Nein"-Stimmen als "Ja" erhält ist disqualifiziert. Die „Nein“-Stimmen werden nur abgezogen wenn der Kandidat mehr "Nein" als "Ja" erhält. Bei den anderen werden die "Nein"-Stimmen nicht abgezogen.

Bei einer Gruppenwahl hätten wir die erforderliche Anzahl von Delegierten samt Ersatzdelegierten in einem einzigen Wahlgang ermitteln können. Seilschaften hätten weniger Einfluss auf das Ergebnis, auch der Zeitaufwand für die Wahlen wäre erheblich geringer.

#### Ein nach meiner Meinung krasses Beispiel:

Ergebnisse der Konvent-Wahl in Greding, BY am 07.01.2018							
Platz	Name	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültig	Ergebnis	Abgeg.
1	Hilmar Sturm	138	24	34		114	196
2	Prof. Dr. Ingo Hahn	120	39	37		81	196
3	Uli Henkel	116	43	37		73	196
4	Gerd Kögler	95	44	57		51	196
5	Dr. Rainer Kraft	103	62	30	1	41	196
6	Sven Kachelmann	88	65	42	1	23	196
7	Edeltraud Schwarz	95	77	24		18	196
8	Juanita Klunk	83	69	44		14	196
9	Felix Thiessen	73	73	50		0	196

Bei der letzten Konventwahl wurden von 28 Kandidaten gerade mal 8 Kandidaten in den Konvent gewählt. Somit gibt es keinen Ersatzdelegierten für einen möglichen Ausfall eines Konventmitgliedes, viele verdiente Mitglieder wurden mit diesem Wahlverfahren kalt gestellt.

## **2.) Hinweis auf die bisher nicht korrekte Vorgehensweise bei Gruppenwahlen.**

### **§ 6 Herkömmliche Einzel- und Gruppenwahl (Zur Zeit gültiger Text)**

#### **(1) Einzelwahl mit einem Kandidaten**

Soll durch die Wahl eine einzelne Position besetzt werden und ist nur ein Kandidat vorhanden, kann auf dem Stimmzettel „Ja“ oder der Name des Kandidaten oder „Nein“ oder „Enthaltung“ vermerkt werden. Erhält der Kandidat nicht die einfache Mehrheit im Sinne von § 2 Absatz ist erneut zu wählen.

#### **(2) Einzelwahl mit mehreren Kandidaten**

Soll durch die Wahl eine einzelne Position besetzt werden und sind mehrere Kandidaten vorhanden, kann auf dem Stimmzettel der Name eines Kandidaten oder „Nein“ oder „Enthaltung“ vermerkt werden. Erhält keiner der Kandidaten die erforderliche Mehrheit, erfolgt Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmenzahlen. Ist die höchste Stimmenzahl auf mehr als zwei Kandidaten oder die höchste Stimmenzahl auf einen, die zweithöchste Stimmenzahl auf mehrere Kandidaten entfallen, nehmen jeweils alle an der Stichwahl teil; erforderlichenfalls schließt sich eine weitere Stichwahl an.

#### **(3) Herkömmliche Gruppenwahl**

Vor dem Beginn der Wahl beschließt die Versammlung, ob und ggf. welche Positionen in einem oder mehreren Blöcken gewählt werden.

a) Jeder Stimmberechtigte hat maximal so viele Stimmen, wie Positionen zu besetzen sind. Für jeden Kandidaten kann nur eine Stimme abgegeben werden.

Werden leere Stimmzettel verwendet, kann auf dem Stimmzettel alternativ notiert werden:

- i. So viele Namen von Kandidaten, wie Positionen zu besetzen sind, oder weniger,
- ii. Nein,
- iii. Enthaltung (auch abgekürzt).

Die bisher verwendete Regelung bei Gruppenwahlen „Nein für alle“ ist in der Wahlordnung nicht vorgesehen, auch in einer Gruppenwahl kann für jeden Kandidaten mit „Ja“, „Nein“, oder „Enthaltung“ gestimmt werden.

### **3.) Streichung der Möglichkeit, bei einer Stichwahl mit „Nein“ zu stimmen.**

#### **§ 6 Herkömmliche Einzel- und Gruppenwahl (Neuer Text ROT markiert)**

##### **(1) Einzelwahl mit einem Kandidaten**

Soll durch die Wahl eine einzelne Position besetzt werden und ist nur ein Kandidat vorhanden, kann auf dem Stimmzettel „Ja“ oder der Name des Kandidaten oder „Nein“ oder „Enthaltung“ vermerkt werden. Erhält der Kandidat nicht die einfache Mehrheit im Sinne von § 2 Absatz ist erneut zu wählen.

##### **(2) Einzelwahl mit mehreren Kandidaten**

Soll durch die Wahl eine einzelne Position besetzt werden und sind mehrere Kandidaten vorhanden, kann auf dem Stimmzettel der Name eines Kandidaten oder „Nein“ oder „Enthaltung“ vermerkt werden. Erhält keiner der Kandidaten die erforderliche Mehrheit, erfolgt Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmenzahlen. Ist die höchste Stimmenzahl auf mehr als zwei Kandidaten oder die höchste Stimmenzahl auf einen, die zweithöchste Stimmenzahl auf mehrere Kandidaten entfallen, nehmen jeweils alle an der Stichwahl teil; erforderlichenfalls schließt sich eine weitere Stichwahl an.

Bei einer Stichwahl ist die Möglichkeit „Nein-Stimmen“ zu vergeben ausgeschlossen.

##### **(3) Herkömmliche Gruppenwahl**

Vor dem Beginn der Wahl beschließt die Versammlung, ob und ggf. welche Positionen in einem oder mehreren Blöcken gewählt werden.

a) Jeder Stimmberechtigte hat maximal so viele Stimmen, wie Positionen zu besetzen sind. Für jeden Kandidaten kann nur eine Stimme abgegeben werden.

Werden leere Stimmzettel verwendet, kann auf dem Stimmzettel alternativ notiert werden:

- i. So viele Namen von Kandidaten, wie Positionen zu besetzen sind, oder weniger,
- ii. Nein,
- iii. Enthaltung (auch abgekürzt).

##### **Durchführung:**

**Eine Experten-Kommission bearbeitet die erforderlichen Änderungen in allen betroffenen Texten der Wahlordnung.**



## RECHTSANWALTSKANZLEI FERDINAND R. MANG

Rechtsanwaltskanzlei Mang, Neumarkterstr. 24, 90584 Allersberg

Per E-Mail an  
landesvorstand@afdbayern.de

Rechtsanwaltskanzlei Mang  
Neumarkterstr. 24  
90584 Allersberg

Tel.: +49 (171) 20 33 943  
Fax.: +49 (9144) 37 30  
351

info@kanzlei-mang.de

Antrag für den Landesparteitag

09.11.2018

der AfD Bayern am 24. und 25.11.2018 in Greding

Antragsteller: Ferdinand Mang MdL, Mitgliedsnummer 10637649

der Landesparteitag möge beschließen:

Die Einfügung eines weiteren Paragraphen zwischen § 22 und § 23 der Satzung des AfD Landesverbands Bayern, mit folgenden Wortlaut:

“§ 22 a  
Mandatsträgerbeiträge

(1) Abgeordnete der AfD im bayerischen Landtag entrichten ab dem vierten Monat der Wahlperiode neben dem Mitgliedsbeitrag (§ 2 Abs. 2 Bundesfinanzsatzung) einen monatlichen Mandatsträgerbeitrag (§ 2 Abs. 3 Bundesfinanzsatzung) in Höhe von 8 v.H. der Bemessungsgrundlage mit folgenden Verteilungsschlüssel an die Gliederungen des Landesverbandes Bayern: In Höhe von 25 % an den Landesverband Bayern, zu 50 % an den Bezirk, in dessen Wahlkreis der Abgeordnete aufgestellt wurde und zu 25 % zur freien Verfügung des Abgeordneten innerhalb einer Parteigliederung der AfD Bayern.

(2) Bemessungsgrundlage des Beitrags nach Abs. 1 ist die jeweilige gesetzliche Abgeordnetenentschädigung zuzüglich etwaiger Amts- oder Funktionszulagen. Im Falle der Kürzung der Abgeordnetenentschädigung wegen Verrechnung mit Versorgungsbezügen oder der Kürzung von Versorgungsbezügen ist der nach Verrechnung verbleibende Betrag Bemessungsgrundlage. Der Beitragssatz ermäßigt sich für jedes unterhaltene Kind bis zum vollendeten 25. Lebensjahr um einen Prozentpunkt.



(3) Abgeordnete des Landtags, die einzelnen Parteimitgliedern oder öffentlich mitteilen, eine Mandatsabgabe oder Spende an die AfD Bayern oder einer Ihrer Untergliederungen getätigt zu haben, sind verpflichtet, den jeweilig zuständigen Schatzmeistern Ihre Einwilligung zur Auskunft gegenüber der AfD-Bayern zugehörigen Mitgliedern über den Eingang und Höhe der Zahlungen zu erteilen. Bei der erneuten Kandidatur sind die Abgeordneten jeweils bei der Kandidatenwahl und bei der Listenwahl verpflichtet, gegenüber der Wahlversammlung Auskunft über die geleisteten Mandatsabgaben oder Spenden zu erteilen und dem jeweiligen Wahlleiter die geleisteten Zahlungen durch Spendenquittungen oder Erklärungen der zuständigen Schatzmeister nachzuweisen. Auf Verlangen der Abgeordneten sind die zuständigen Schatzmeister verpflichtet, eine schriftliche Aufstellung der Zahlungen zu erteilen. Es steht den Abgeordneten frei, darüber hinaus Ihre Angaben an Eides statt zu versichern."

**Begründung:**

Erfolgt mündlich

**Unterstützer:**

Markus Bayerbach MdL, Franz Bergmüller MdL (Mgl. AfD Fraktion), Martin Böhm MdL, Katrin Ebner-Steiner MdL, Richard Graupner MdL, Prof. Ingo Hahn MdL, Ulli Henkel MdL, Christian Klingen MdL, Stefan Löw MdL, Roland Magerl MdL, Christoph Maier MdL, Gerd Mannes MdL, Markus Plenk MdL, Jan Schiffers MdL, Josef Seidl MdL, Ulrich Singer MdL, Ralph Stadler MdL, Andreas Winhart MdL



Ferdinand Mang MdL  
Rechtsanwalt

# Änderungsanträge

## zum Landesparteitag der AfD Bayern

### 24.-25.11.2018

Antrag auf Änderung der Satzung: §2 Mitgliedschaft

Antrag auf Änderung der Satzung: §3 Gliederung

Antrag auf Änderung der Satzung: §12 Vorstand des  
Gebietsverbandes

Antrag auf Änderung der Finanzordnung des  
Landesverbandes Bayern

Dieser Änderungsanträge stellen den Status und die Finanzierung der Ortsverbände in der AfD Bayern auf eine neue und sichere Grundlage. Ortsverbände sind bisher unselbständig und kommen in der Finanz- und Beitragsordnung der AfD Bayern praktisch nicht vor.

Ortsverbände gibt es in der AfD Bayern jetzt bereits seit über 4 Jahren. Sie leben im Wesentlichen vom hohen persönlichen und finanziellen Einsatz der Ortsmitglieder. Anträge zum Status und der Finanzausstattung von Ortsverbänden wurden bisher regelmäßig vertagt oder zurückgestellt.

Die AfD muss eine kommunal fest verankerte Volkspartei werden und zur Kommunalwahl 2020 erfolgreich sein. Dazu sind jetzt überall selbständige Ortsverbände zu schaffen und ihre gesicherte Finanzbasis herzustellen.

Ortsverbände sind die „AfD vor Ort“ mit dem kürzesten Weg zum Bürger. Sie sind die elementare Basis, das unverzichtbare „Wurzelwerk des AfD-Baumes“ sozusagen. Ohne ein Wachsen in die Fläche, ohne die Nutzung des schlummernden Engagements der Mitglieder, werden wir auf Dauer nicht erfolgreich sein.

Es ist Zeit für die AfD, erwachsen zu werden.

## Antrag auf Änderung der Satzung: §2 Mitgliedschaft

### **Antragsteller:**

Uwe Rast, Mitgliedsnummer: 10574874,  
OV Heroldsberg-Eckental-Kalchreuth im KV ER/ERH

### **Unterstützer:**

<b>Mitglied</b>	<b>Gliederung</b>	<b>Mitgliedsnummer</b>
Eva Didrichsons	KV Freising-Pfaffenhofen,	10611630
Juanita Klunk	KV Ansbach-Gunzenhausen	4976
Michaela Rast	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10589751
Udo Unger	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10631439
Frank Stiegmüller	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10641097
Gabriela Swoboda	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10606435
Martin Böhm	KV Coburg/Kronach	5546
Werver Sievert	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10634975
Kathrin Filser	KV OBB-Südwest	10593885
Dorothe Merlot	KV Oberallgäu, Lindau, Kempten	7809
Paul Traxl	KV Aichach-Friedberg	10570460
Andrea Klingen	KV Kitzingen Schweinfurt	14142
Dr. Rumiana Nedkova	KV Kitzingen Schweinfurt	10599219
René Jentzsch	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	9876
Dr, Günther Rauh	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10631679
Oliver Meyer	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10594136
Hildegard Kraus	KV Lauf-Roth	10607242

Es wird beantragt:

**Der §2 „Mitgliedschaft“, Absatz 2 wird geändert. Bei Vorhandensein von Ortsverbänden erfolgt die Mitgliederaufnahme durch die Ortsverbände.**

<b>Aktuelle Fassung</b>	<b>Neue Fassung</b>
§ 2 Mitgliedschaft  (1) Für die Mitgliedschaft gelten die Bestimmungen der Bundessatzung in ihrer jeweils gültigen Fassung.  (2) Die für die Aufnahme der Mitglieder des Landesverbandes	§ 2 Mitgliedschaft  (1) Für die Mitgliedschaft gelten die Bestimmungen der Bundessatzung in ihrer jeweils gültigen Fassung.  (2) Die für die Aufnahme der Mitglieder des Landesverbandes

<p>zuständige Gliederung ist der Kreisverband.</p>	<p>zuständige Gliederung ist der Kreisverband.</p> <p>Bestehen Ortsverbände, sind diese für die Aufnahme der auf dem Gebiet des Ortsverbandes wohnhaften Antragsteller zuständig.</p>
<p>(3) Antragsteller auf Mitgliedschaft, deren Mitgliedschaft in einer anderen Partei weniger als 12 Monate zurück liegt, werden ausschließlich als Fördermitglieder aufgenommen.</p>	<p>(3) Antragsteller auf Mitgliedschaft, deren Mitgliedschaft in einer anderen Partei weniger als 12 Monate zurück liegt, werden ausschließlich als Fördermitglieder aufgenommen.</p>
<p>Zum Zeitpunkt des Ablaufs dieser 12 Monats-Frist, kann das Fördermitglied auf Antrag als Vollmitglied aufgenommen werden.“</p>	<p>Zum Zeitpunkt des Ablaufs dieser 12 Monats-Frist, kann das Fördermitglied auf Antrag als Vollmitglied aufgenommen werden.“</p>

### Begründung:

Antragsteller auf AfD-Mitgliedschaft sind meist schon in wohnortnahen AfD-Veranstaltungen in Erscheinung und mit Wortmeldungen aufgetreten. Durch die Wohnortnähe sind sie den Ortsmitgliedern oft auch schon persönlich bekannt. Hier existieren also bereits wichtige Informationen, die für eine fundierte Entscheidungsfindung wichtig sind.

Kreisvorstände müssen meist aufgrund eines Aufnahmegespräches entscheiden.

Mitgliedschaftskandidaten sollen auch möglichst frühzeitig in die für sie zuständige Gliederung eingebunden werden, denn hier sollen sie aktive Parteiarbeit leisten. Wer einen Mitgliedsantrag stellt, hat ja damit bereits seine Bereitschaft zur Mitarbeit signalisiert, das gilt es umgehend zu nutzen.

Lange Aufnahmeverfahren sind für die Antragsteller demotivierend. Die oft schwierigen Terminfindungen und die daraus resultierenden Zeitverzögerungen sind auch den langen Wegen im Kreisverband geschuldet.

Eine Aufnahme durch den wohnortnahen Ortsverband garantiert hier kurze Wege, eine sofortige „Vor Ort“-Betreuung der Antragsteller und eine wesentlich schnellere Bearbeitung von Aufnahmeanträgen. Bereits im Anschluss an örtliche Veranstaltungen können (bei spontanen Anträgen) hier durch den Ortsvorstand unmittelbar die Aufnahmegespräche geführt werden.

Die Aufnahme-prozedur ist in der AfD klar geregelt und erfolgt auf der Basis objektiver Kriterien. Es macht daher keinen Unterschied, wer die Aufnahme letztendlich durchführt.

Motivation und Engagement gehen Hand in Hand mit der Übertragung von Verantwortung. Ein Selbständiger wird sich immer stärker engagieren, als ein „Unselbständiger“.

Ein Blick in die Satzung eines etablierten Mitbewerbers:

CSU-Ortsverbände sind selbständig und haben den gleichen Status wie Kreisverbände bei vollständiger Finanz- und Personalautonomie. Sie sind praktisch „kleine Kreisverbände“ unter dem Dach ihres Kreisverbandes.

Die Aufnahme von neuen Mitgliedern erfolgt in der CSU durch die Ortsverbände!

Subsidiarität und Basisdemokratie sind sie Leitbilder der AfD. Wir sollten sie auch so leben.

## Antrag auf Änderung der Satzung: §3 Gliederung

### **Antragsteller:**

Uwe Rast, Mitgliedsnummer: 10574874,  
OV Heroldsberg-Eckental-Kalchreuth im KV ER/ERH

### **Unterstützer:**

<b>Mitglied</b>	<b>Gliederung</b>	<b>Mitgliedsnummer</b>
Eva Didrichsons	KV Freising-Pfaffenhofen,	10611630
Juanita Klunk	KV Ansbach-Gunzenhausen	4976
Michaela Rast	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10589751
Udo Unger	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10631439
Frank Stiegmüller	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10641097
Gabriela Swoboda	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10606435
Martin Böhm	KV Coburg/Kronach	5546
Werver Sievert	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10634975
Kathrin Filser	KV OBB-Südwest	10593885
Dorothe Merlot	KV Oberallgäu, Lindau, Kempten	7809
Paul Traxl	KV Aichach-Friedberg	10570460
Andrea Klingen	KV Kitzingen Schweinfurt	14142
Dr. Rumiana Nedkova	KV Kitzingen Schweinfurt	10599219
René Jentzsch	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	9876
Dr, Günther Rauh	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10631679
Oliver Meyer	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10594136
Hildegard Kraus	KV Lauf-Roth	10607242

Es wird beantragt:

**Die Ortsverbände erhalten einen selbständigen Status mit Finanz- und Personalautonomie.**

**Der §3 „Gliederung“ der Satzung wird dazu neu gefasst.**

<b>Aktuelle Fassung</b>	<b>Neue Fassung</b>
§ 3 Gliederung  (1) Der Landesverband gliedert sich in Bezirks- Kreis- und Ortsverbände.	§3 Gliederung  (1) Der Landesverband gliedert sich in Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände.

<p>Der Kreisverband ist der Gebietsverband der AfD in den Grenzen eines oder mehrerer Landkreise und/oder einer oder mehrerer kreisfreien Städte.</p> <p>Die Tätigkeit eines Bezirksverbandes erstreckt sich auf das Gebiet des jeweiligen Regierungsbezirks.</p> <p>Ausnahmen genehmigt der Landesvorstand.</p> <p>(2) Die Gründung eines Kreis- oder Ortsverbandes setzt die Mitgliedschaft von mindestens 15 Mitgliedern im Bereich des zu gründenden Kreis/Ortsverbandes voraus.</p> <p>Die Gründung erfolgt auf Beschluss der Mehrheit der auf einer Mitgliederversammlung anwesenden, in den Grenzen des betreffenden neuen Gebietsverbandes wohnhaften Mitglieder und bedarf der Genehmigung des Bezirksvorstands.</p> <p>Verweigert der Bezirksvorstand seine Zustimmung zur Gründung der</p>	<p>Der Kreisverband ist der Gebietsverband der AfD in den Grenzen eines oder mehrerer Landkreise und/oder einer oder mehrerer kreisfreien Städte.</p> <p>Die Tätigkeit eines Bezirksverbandes erstreckt sich auf das Gebiet des jeweiligen Regierungsbezirks.</p> <p>Ortsverbände sind die Organisation der AfD im Bereich einer oder mehrerer aneinander angrenzenden politischen Gemeinden oder in einem oder mehreren aneinander angrenzenden Stadtteilen</p> <p>Ausnahmen genehmigt der Landesvorstand.</p> <p>(2) Die Gründung eines <b>Kreisverbandes</b> setzt die Mitgliedschaft von mindestens 15 Mitgliedern im Bereich des zu gründenden <b>Kreisverbandes</b> voraus.</p> <p>Die Gründung eines Ortsverbandes setzt die Mitgliedschaft von mindestens 7 Mitgliedern im Bereich des zu gründenden Ortsverbandes voraus.</p> <p>Die Gründung erfolgt auf Beschluss der Mehrheit der auf einer Mitgliederversammlung anwesenden, in den Grenzen des betreffenden neuen Gebietsverbandes wohnhaften Mitglieder und bedarf der Genehmigung des Bezirksvorstands.</p> <p>Verweigert der Bezirksvorstand seine Zustimmung zur Gründung der</p>
---	---

<p>Gliederung, so entscheidet auf Antrag der betroffenen Mitglieder der Landesvorstand.</p> <p>Die Ladung hat auf Antrag von 5 Mitgliedern der zu gründenden Gliederung zeitnah durch den Vorstand der nächsthöheren Gliederungsebene zu erfolgen.</p> <p>(3) Die Bezirks- und Kreisverbände haben Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie. Ihre Satzungen dürfen den Satzungen der übergeordneten Gebietsverbände jedoch nicht widersprechen.</p> <p>(4) Die Kreisverbände können Ortsverbände als rechtlich unselbständige Gebietsverbände gründen. Die Gründung eines Ortsverbandes setzt die Mitgliedschaft von mindestens 7 Mitgliedern im Bereich des zu gründenden Ortsverbandes voraus. Ortsverbände sind die Organisation der AfD im Bereich einer oder mehrerer aneinander angrenzenden politischen Gemeinden oder in einem oder mehreren aneinander angrenzenden Stadtteilen. Die Gründung erfolgt auf Beschluss der Mehrheit der auf einer</p>	<p>Gliederung, so entscheidet auf Antrag der betroffenen Mitglieder der Landesvorstand.</p> <p>Der Bezirksvorstand dann hat innerhalb von drei Wochen zu der erforderlich gewordenen Mitgliederversammlung zu laden, welche innerhalb von weiteren sechs Wochen stattfinden muss.</p> <p>Die Ladung hat auf Antrag von 5 Mitgliedern der zu gründenden Gliederung zeitnah durch den Vorstand der nächsthöheren Gliederungsebene zu erfolgen.</p> <p>3) Die Bezirks- und Kreisverbände haben Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie. Ihre Satzungen dürfen den Satzungen der übergeordneten Gebietsverbände jedoch nicht widersprechen.</p> <p>Ortsverbände haben Finanz- und Personalautonomie.</p> <p>(4) entfällt</p>
---	---



<p>Mitgliederversammlung anwesenden, in den Grenzen des betreffenden neuen Gebietsverbandes wohnhaften Mitglieder und bedarf der Genehmigung des Bezirksvorstands. Die Ladung hat auf Antrag von 7 Mitgliedern der zu gründenden Gliederung zeitnah durch den Vorstand der nächsthöheren Gliederungsebene zu erfolgen. Verweigert der Bezirksvorstand seine Zustimmung zur Gründung der Gliederung, so entscheidet auf Antrag der betroffenen Mitglieder der Landesvorstand. Der Bezirksvorstand hat innerhalb von drei Wochen zu der erforderlich gewordenen Mitgliederversammlung zu laden, welche innerhalb von weiteren sechs Wochen stattfinden muss.</p> <p>(5) Spaltet sich eine Gliederungsebene auf, werden das Vermögen und die Verbindlichkeiten zum Stichtag der Gründung durch die Anzahl der Mitglieder geteilt.</p>	<p>(5) Spaltet sich eine Gliederungsebene auf, werden das Vermögen und die Verbindlichkeiten zum Stichtag der Gründung durch die Anzahl der Mitglieder geteilt.</p>
--	---

### **Begründung:**

Der aktuelle §3 (Gliederung) der Satzung der AfD Bayern ist teilweise widersprüchlich. §3 (2) vs. (4): OV-Gründung mit 7 bzw. 15 Mitgliedern.

Ortsverbände sind laut aktueller Satzung unselbständig, was vor allem die Motivation der Mitglieder einschränkt.

Eine kommunale Verankerung der AfD und die Etablierung als Volkspartei werden nur mit schlagkräftigen und engagierten Ortsverbänden gelingen.

Für eine bürgernahe Politik „vor Ort“ sind aktive und selbständige Ortsverbände unverzichtbar, gerade im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2020 in Bayern.

Mitglieder, welche die Lage „vor Ort“ genau kennen und trotz beruflicher und persönlicher Nachteile bereit sind, ihr Gesicht „vor Ort“ zu zeigen, sind die Basis für erfolgreiche Ortsverbände und eine bürgernahe Parteiarbeit.

Motivation und Engagement gehen Hand in Hand mit der Übertragung von Verantwortung. Ein Selbständiger wird sich immer stärker engagieren, als ein „Unselbständiger“.

Ein Blick in die Satzung eines etablierten Mitbewerbers:

CSU-Ortsverbände sind selbständig und haben den gleichen Status wie Kreisverbände bei vollständiger Finanz- und Personalautonomie. Sie sind praktisch „kleine Kreisverbände“ unter dem Dach ihres Kreisverbandes.

Die Aufnahme von neuen Mitgliedern erfolgt in der CSU durch die Ortsverbände!

Subsidiarität und Basisdemokratie sind sie Leitbilder der AfD. Wir sollten sie auch so leben.

## Antrag auf Änderung der Satzung: §12 Vorstand des Gebietsverbandes

### **Antragsteller:**

Uwe Rast, Mitgliedsnummer: 10574874,  
OV Heroldsberg-Eckental-Kalchreuth im KV ER/ERH

### **Unterstützer:**

<b>Mitglied</b>	<b>Gliederung</b>	<b>Mitgliedsnummer</b>
Eva Didrichsons	KV Freising-Pfaffenhofen,	10611630
Juanita Klunk	KV Ansbach-Gunzenhausen	4976
Michaela Rast	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10589751
Udo Unger	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10631439
Frank Stiegmüller	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10641097
Gabriela Swoboda	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10606435
Martin Böhm	KV Coburg/Kronach	5546
Werver Sievert	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10634975
Kathrin Filser	KV OBB-Südwest	10593885
Dorothe Merlot	KV Oberallgäu, Lindau, Kempten	7809
Paul Traxl	KV Aichach-Friedberg	10570460
Andrea Klingen	KV Kitzingen Schweinfurt	14142
Dr. Rumiana Nedkova	KV Kitzingen Schweinfurt	10599219
René Jentzsch	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	9876
Dr. Günther Rauh	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10631679
Oliver Meyer	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10594136
Hildegard Kraus	KV Lauf-Roth	10607242

Es wird beantragt:

**Der §12 „Vorstand des Gebietsverbandes“ Absatz 1 c) und Absatz 3 werden wie folgt geändert:**

<b>Aktuelle Fassung</b>	<b>Neue Fassung</b>
§ 12 Vorstand des Gebietsverbands	§ 12 Vorstand des Gebietsverbands

<p>(1) Der Vorstand eines Gebietsverbands besteht mindestens aus</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) einem Vorsitzenden (Sprecher)</li> <li>b) einem Stellvertreter</li> <li>c) einem Schatzmeister oder einem Kassensführer bei unselbstständigen Gliederungen.</li> </ul> <p>(2) Der Vorstand einer Gliederung ist beschlussunfähig, wenn er nicht aus mindestens drei gewählten Mitgliedern besteht. Hat ein Gebietsverband keinen Vorstand oder ist der gewählte Vorstand beschluss- oder handlungsunfähig, so muss unverzüglich der Vorstand der jeweils höheren Gliederungsebene mit einer Ladungsfrist von zwei Wochen zu einer Mitgliederversammlung einladen, auf der ein neuer, bzw. beschluss- oder handlungsfähiger Vorstand zu wählen ist.</p> <p>(3) Im Übrigen gelten entsprechend die Regelungen des §9 Absatz 3 bis 5, § 10 Absatz 1 bis 3. § 11 Abs. 1 und Abs. 3 gelten entsprechend. § 11 Abs. 2 gilt für Kreisverbände in Form einer 1/3 Anwesenheit.</p>	<p>(1) Der Vorstand eines Gebietsverbands besteht mindestens aus</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) einem Vorsitzenden (Sprecher)</li> <li>b) einem Stellvertreter</li> <li>c) einem Schatzmeister</li> </ul> <p>---</p> <p>(2) Der Vorstand einer Gliederung ist beschlussunfähig, wenn er nicht aus mindestens drei gewählten Mitgliedern besteht. Hat ein Gebietsverband keinen Vorstand oder ist der gewählte Vorstand beschluss- oder handlungsunfähig, so muss unverzüglich der Vorstand der jeweils höheren Gliederungsebene mit einer Ladungsfrist von zwei Wochen zu einer Mitgliederversammlung einladen, auf der ein neuer, bzw. beschluss- oder handlungsfähiger Vorstand zu wählen ist.</p> <p>(3) Im Übrigen gelten entsprechend die Regelungen des §9 Absatz 3 bis 5, § 10 Absatz 1 bis 3. § 11 Abs. 1 und Abs. 3 gelten entsprechend. § 11 Abs. 2 gilt für <b>Kreis- und Ortsverbände</b> in Form einer 1/3 Anwesenheit.</p>
--	---

#### Begründung:

Ergibt sich aus der Änderung der Satzung §3 „Gliederung“: Selbständige Ortsverbände

# Antrag auf Änderung der Finanzordnung des Landesverbandes Bayern

## **Antragsteller:**

Uwe Rast, Mitgliedsnummer: 10574874,  
OV Heroldsberg-Eckental-Kalchreuth im KV ER/ERH

## **Unterstützer:**

<b>Mitglied</b>	<b>Gliederung</b>	<b>Mitgliedsnummer</b>
Eva Didrichsons	KV Freising-Pfaffenhofen,	10611630
Juanita Klunk	KV Ansbach-Gunzenhausen	4976
Michaela Rast	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10589751
Udo Unger	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10631439
Frank Stiegmüller	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10641097
Gabriela Swoboda	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10606435
Martin Böhm	KV Coburg/Kronach	5546
Werver Sievert	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10634975
Kathrin Filser	KV OBB-Südwest	10593885
Dorothe Merlot	KV Oberallgäu, Lindau, Kempten	7809
Paul Traxl	KV Aichach-Friedberg	10570460
Andrea Klingen	KV Kitzingen Schweinfurt	14142
Dr. Rumiana Nedkova	KV Kitzingen Schweinfurt	10599219
René Jentzsch	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	9876
Dr. Günther Rauh	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10631679
Oliver Meyer	KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt	10594136
Hildegard Kraus	KV Lauf-Roth	10607242

Es wird beantragt:

**Die Finanzordnung wird um die Ortsverbände ergänzt und diese werden auf eine gesicherte finanzielle Basis gestellt.**

**Neben einem Basisfixum können Ortsverbände beim Kreisverband weitere Mittel für ihre Arbeit beantragen, ohne die Handlungsfähigkeit des Kreisverbandes zu beeinträchtigen.**

**Dazu werden der §3 Absatz 1, 2 und 3 und §4 Absatz 1 geändert.**

Aktuelle Fassung	Neue Fassung
<p>§ 3 Finanzverteilung im Landesverband</p> <p>(1) Der Landesverband, die Bezirksverbände und die Kreisverbände sind berechtigt, Spenden anzunehmen. Spenden verbleiben in vollem Umfang bei der Gliederung, der sie zugewendet worden sind, sofern nicht eine Zweckbestimmung etwas anderes vorsieht.</p> <p>(2) Der Landesverband führt den gemäß FBO der Bundespartei zustehenden Teil der Mitgliederbeiträge an diese ab. Von dem verbleibenden Beitragsaufkommen stehen</p> <p>a) den Kreisverbänden 60 v.H. b) den Bezirksverbänden 10 v.H. c) und dem Landesverband 30 v.H. zu.</p> <p>Die den Kreisverbänden zustehenden Beitragsanteile werden quartalsweise abgeführt.</p> <p>Die Aufteilung der Beiträge erfolgt nach Maßgabe des realen Beitragsaufkommens.</p>	<p>§ 3 Finanzverteilung im Landesverband</p> <p>(1) Der Landesverband, die Bezirksverbände, <b>die Kreis- und Ortsverbände</b> sind berechtigt, Spenden anzunehmen. Spenden verbleiben in vollem Umfang bei der Gliederung, der sie zugewendet worden sind, sofern nicht eine Zweckbestimmung etwas anderes vorsieht.</p> <p>(2) Der Landesverband führt den gemäß FBO der Bundespartei zustehenden Teil der Mitgliederbeiträge an diese ab. Von dem verbleibenden Beitragsaufkommen stehen</p> <p>a) den Kreisverbänden 60 v.H. b) den Bezirksverbänden 10 v.H. c) und dem Landesverband 30 v.H. zu.</p> <p>Die den Kreisverbänden zustehenden Beitragsanteile werden quartalsweise abgeführt.</p> <p><b>Bestehen Ortsverbände, so erhalten diese von ihrem Kreisverband 20% der dem Kreisverband zustehenden Beitragsanteile bezogen auf den aktuellen Mitgliederanteil am Kreisverband als Fixum.</b></p> <p><b>Weitere Mittel für seine Arbeit kann der Ortverband begründet bei seinem Kreisverband beantragen.</b></p> <p>Die Aufteilung der Beiträge erfolgt nach Maßgabe des realen Beitragsaufkommens.</p>

<p>(3) Die dem LV zufließenden Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung gem. § 10 Abs. 4 Finanz- u. Beitragsordnung der AfD werden zwischen dem Landesverband und seinen Untergliederungen aufgeteilt. Der Anteil aus der staatlichen Parteienfinanzierung der Wahlkampfkostenerstattung zur Landtagswahl, der nicht zur Rückzahlung des Darlehens des Konvents benötigt wird, wird gemäß demselben Schlüssel wie die dem Landesverband zufließenden Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung gem. §10 Abs. 4 Finanz- u. Beitragsordnung der AfD verteilt.</p> <p>Dabei stehen den Kreisverbänden 60 v.H., den Bezirksverbänden 10 v.H. und dem Landesverband 30 v.H. des jeweiligen Zuflusses zu. Die Aufteilung unter den Kreis- bzw. Bezirksverbänden erfolgt nach Maßgabe der jeweiligen Mitgliederzahlen.</p> <p>§ 4 Aufwendungsersatz</p>	<p>(3) Die dem LV zufließenden Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung gem. § 10 Abs. 4 Finanz- u. Beitragsordnung der AfD werden zwischen dem Landesverband und seinen Untergliederungen aufgeteilt. Der Anteil aus der staatlichen Parteienfinanzierung der Wahlkampfkostenerstattung zur Landtagswahl, der nicht zur Rückzahlung des Darlehens des Konvents benötigt wird, wird gemäß demselben Schlüssel wie die dem Landesverband zufließenden Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung gem. §10 Abs. 4 Finanz- u. Beitragsordnung der AfD verteilt.</p> <p>Dabei stehen den Kreisverbänden 60 v.H., den Bezirksverbänden 10 v.H. und dem Landesverband 30 v.H. des jeweiligen Zuflusses zu. Die Aufteilung unter den Kreis- bzw. Bezirksverbänden erfolgt nach Maßgabe der jeweiligen Mitgliederzahlen.</p> <p>Bestehen Ortsverbände, so erhalten diese von ihrem Kreisverband 20% der dem Kreisverband zustehenden Anteile an der staatlichen Parteienfinanzierung bezogen auf den aktuellen Mitgliederanteil am Kreisverband als Fixum.</p> <p>Weitere Mittel für seine Arbeit kann der Ortverband begründet bei seinem Kreisverband beantragen.</p> <p>§ 4 Aufwendungsersatz</p>
---	--

(1) Der Landesverband sowie die Bezirks- und Kreisverbände können durch Vorstandsbeschluss festlegen, dass Mitgliedern und Förderern, die im Auftrag der jeweiligen Gliederung ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben, die dafür erforderlichen Aufwendungen (z.B. Fahrtkosten) nach näherer Maßgabe des Beschlusses erstattet werden.	(1) Der Landesverband sowie die Bezirks-, <b>Kreis- und Ortsverbände</b> können durch Vorstandsbeschluss festlegen, dass Mitgliedern und Förderern, die im Auftrag der jeweiligen Gliederung ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben, die dafür erforderlichen Aufwendungen (z.B. Fahrtkosten) nach näherer Maßgabe des Beschlusses erstattet werden.
---	---

### Begründung:

Ortsverbände sollen auf einem Teilgebiet eines Kreisverbandes die gleichen Aufgaben wie ein kleiner Kreisverband erfüllen.

Sie müssen handlungsfähig sein und bedürfen daher einer unabhängigen, gesicherten finanziellen Basisausstattung.

Je nach Aktivitätsgrad des Ortsverbandes (kostenpflichtige Werbung und Veranstaltungen, Plakat- und Flyer-Aktionen usw.) entsteht ein höherer Finanzbedarf, für den der Ortsverband beim Kreisverband weitere Mittel beantragen kann. Der Kreisverband entscheidet dann, inwieweit er weitere Mittel im Interesse einer erfolgreichen Arbeit im Kreisverband zur Verfügung stellen kann.

Dabei darf die Handlungsfähigkeit des Kreisverbandes nicht gefährdet werden.

Ein sinnvoller und praktikabler Ansatz ist ein Fixum zur Deckung der zwingend notwendigen Mindestausgaben und dann bei Bedarf weitere Mittel auf Antrag.

So werden auch die „Aktivitätsgrade“ eines Ortsverbandes gut abgebildet und der Kreisverband bleibt selbst immer handlungsfähig.

Eine kommunale Verankerung der AfD als Volkspartei benötigt eine möglichst flächendeckende Aufstellung mit selbständigen Ortsverbänden.

Motivation und Engagement vor Ort gehen Hand in Hand mit der Übertragung von Verantwortung. Subsidiarität und Basisdemokratie sind sie Leitbilder der AfD und sollten auch gelebt werden.

Ein Blick in die Satzung eines etablierten Mitbewerbers:



Die Ortsverbände der CSU haben volle Finanzautonomie mit eigenem Konto, eigener Buchhaltung und Rechnungslegung, Rechenschaftsbericht etc.

Ortsverbände sind selbständig und haben den gleichen Status wie Kreisverbände.

Im Vorstand eines CSU-Ortsverbandes gibt es auch einen Schatzmeister und keinen Kassenwart! (vulgo: Die AfD ist kein Vogelzüchterverein!)

Antragsteller: Martin Sichert

### § 3 Gliederung

(1) Der Landesverband gliedert sich in Bezirks- Kreis- und Ortsverbände. Die Bezirksverbände erstrecken sich auf die Gebiete der jeweiligen Regierungsbezirke. Davon ausgenommen werden können die Stadtgebiete von Großstädten über 200.000 Einwohnern, die eigenständig oder gemeinsam mit direkt an die Großstadt angrenzenden kreisfreien Städten und Landkreisen einen eigenen Bezirksverband bilden können. Bildet sich ein solcher Bezirksverband, so können Kreisverbände in diesen Großstädten aus einem oder mehreren Stadtbezirken, beziehungsweise einem oder mehreren Stadtteilen bestehen. Anderenfalls ist der Kreisverband der Gebietsverband der AfD in den Grenzen eines oder mehrerer Landkreise und/oder einer oder mehrerer kreisfreien Städte.

(2) Die Neugründung eines Kreisverbands setzt die Mitgliedschaft von mindestens 15 Mitgliedern, die eines Bezirksverbands die Mitgliedschaft von mindestens 250 Mitgliedern im Bereich des betreffenden Gebiets nach Abs. (1) voraus. Vor der Neugründung muss im Fall der Aufspaltung des bisherigen Gebietsverbands dieser, bzw. müssen im Fall der Vereinigung der bisherigen Gebietsverbände diese die Neugründung jeweils mit einfacher Mehrheit auf einer Mitgliederversammlung beschließen. Eine solche Mitgliederversammlung ist auf Antrag von 5 Mitgliedern bei Kreisverbänden und 50 Mitgliedern bei Bezirksverbänden durch den Vorstand der Gliederung binnen drei Wochen einzuladen, die Mitgliederversammlung muss binnen weiteren vier Wochen stattfinden. Wurde ein Beschluss zur Neugründung gefasst, so hat der Vorstand der nächsthöheren Gliederungsebene binnen drei Wochen zu der erforderlich gewordenen Neugründung zu laden, welche innerhalb von weiteren vier Wochen stattfinden muss.

(3) Die Bezirks- und Kreisverbände haben Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie. Ihre Satzungen dürfen den Satzungen der übergeordneten Gebietsverbände jedoch nicht widersprechen.

(4) In den Kreisverbänden können sich Ortsverbände als rechtlich unselbständige Gebietsverbände gründen. Die Gründung eines Ortsverbandes setzt die Mitgliedschaft von mindestens 7 Mitgliedern im Bereich des zu gründenden Ortsverbandes voraus. Ortsverbände sind die Organisation der AfD im Bereich einer oder mehrerer aneinander angrenzenden politischen Gemeinden oder in einem oder mehreren aneinander angrenzenden Stadtteilen innerhalb eines Kreisverbands. Die Gründung erfolgt auf Beschluss der Mehrheit der auf einer Mitgliederversammlung anwesenden, in den Grenzen des betreffenden neuen Gebietsverbandes wohnhaften Mitglieder. Die Ladung hat auf Antrag von 7 Mitgliedern der zu gründenden Gliederung zeitnah durch den Vorstand des Kreisverbands zu erfolgen. Der Kreisvorstand hat innerhalb von drei Wochen zu der erforderlich gewordenen Mitgliederversammlung zu laden, welche innerhalb von weiteren vier Wochen stattfinden muss.

(5) Spaltet sich eine Gliederungsebene auf, werden das Vermögen und die Verbindlichkeiten zum Stichtag der Gründung durch die Anzahl der Mitglieder geteilt. Vereinigen sich mehrere Verbände der gleichen Gliederungsebene, so geht das Vermögen und die Verbindlichkeiten zum Stichtag der Gründung an den vereinigten Verband über.

Änderungsantrag zum Landesparteitag der AfD Bayern im Herbst 2018:

Antragsteller Martin Sichert

Ändere § 5 Abs. 3. Der Landessatzung in: Wenn kein vorheriger Landesparteitag beschlossen hat, dass der Landesparteitag als Delegiertenparteitag stattfindet, ist der Landesparteitag ein Mitgliederparteitag.

Sehr geehrter Landesvorstand,

nachfolgend reichen wir fristgerecht - 14 Tage vor dem nächsten Landesparteitag der AfD Bayern am 24. und 25.11.2018 - einen Änderungsantrag zum §3 der Bayerischen Landessatzung wie folgt ein:

### §3 Gliederung

ALT:

(1) Der Landesverband gliedert sich in Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände. Der Kreisverband ist der Gebietsverband der AfD in den Grenzen eines oder mehrerer kreisfreien Städte. Die Tätigkeit eines Bezirksverbandes erstreckt sich auf das Gebiet des jeweiligen Regierungsbezirks. Ausnahmen genehmigt der Landesvorstand.

NEU:

(1) Der Landesverband gliedert sich in Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände. Der Kreisverband ist der Gebietsverband der AfD in den Grenzen eines Landtagswahlbezirkes oder zweier Landtagswahlbezirken. Die Tätigkeit eines Bezirksverbandes erstreckt sich auf das Gebiet des jeweiligen Regierungsbezirks.

ALT:

(2) Die Gründung eines Kreis- oder Ortsverbandes setzt die Mitgliedschaft von mindestens 15 Mitgliedern im Bereich des zu gründenden Kreis/Ortsverbandes voraus. Die Gründung erfolgt auf Beschluss der Mehrheit der auf einer Mitgliederversammlung anwesenden, in den Grenzen des betreffenden neuen Gebietsverbandes wohnhaften Mitglieder und bedarf der Genehmigung des Bezirksvorstands. Verweigert der Bezirksvorstand seine Zustimmung zur Gründung der Gliederung, so entscheidet auf Antrag der betroffenen Mitglieder der Landesvorstand. Die Ladung hat auf Antrag von 5 Mitgliedern der zu gründenden Gliederung zeitnah durch den Vorstand der nächsthöheren Gliederungsebene zu erfolgen.

NEU:

(2) Die Gründung (damit ist auch ausdrücklich die Ausgliederung eingeschlossen) eines Kreisverbandes erfolgt unter folgenden Voraussetzungen:

a) mindestens 15 Mitglieder, die im Bereich des zu gründenden Kreisverbandes wohnen,

b) Gründungsantrag an die nächsthöhere Gliederungsebene von mindestens 5 Mitgliedern der zu gründenden Gliederung,

c) die Mitglieder, die im Gebiet des neu zu gründenden Kreis- oder Ortsverbandes wohnen, müssen durch die nächsthöhere Gliederungsebene innerhalb von 6 Wochen nach Eingang des unter b genannten Antrages zu einer Mitgliederversammlung eingeladen werden,

d) die Mehrheit der unter c genannten und auf dieser Mitgliederversammlung anwesenden Mitglieder muss auf dieser Mitgliederversammlung dem Gründungsantrag zustimmen,

e) erhält der Antrag auf dieser Mitgliederversammlung keine Mehrheit, so kann er frühestens nach Ablauf von 12 Monaten entsprechend der Regelungen des §3 der Bayerischen Landessatzung erneut gestellt werden.

(3) bis (5) bleiben in ihrer jetzigen Fassung bestehen.

Begründung:

Der bisherige §3 der Bayerischen Landessatzung hat Voraussetzung zur Gründung neuer Gliederungen zu ungenau definiert. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass ein neuer Landesvorstand die Entscheidungen eines vorgehenden Landesvorstandes ohne Begründung zurücknehmen kann und ein bereits ordnungs- und satzungsgemäß gegründeter Kreisverband wieder aufgelöst werden kann. Die Entscheidung der Mitglieder kann somit völlig ausgehebelt werden, die Basisdemokratie ist durch die bisherige Formulierung des §3 nicht gewahrt.

Antragsteller:

Alexander von Alten Blaskowitz

Sabine Popp

Petra Riedl

**Bernd Jörg Merz, Schulstraße 8, 86739 Ederheim, merz-elektro@gmx.net**

**An den Landesvorstand Bayern der Alternative für Deutschland,**

**Berlin, den 09.11.2018**

**Hiermit reiche ich folgenden Antrag auf Änderung des § 3 Landessatzung ein:**

---

**Antrag auf Änderung der Satzung des Landesverbandes Bayern, § 3 (6), Merz**

**Antragsteller: Bernd Jörg Merz**

Es wird beantragt, zu, § 3 einen Absatz (6) hinzuzufügen:

**§3 Gliederung**

(6) Die Gebietsverbände unterhalb der Ebene der Kreisverbände haben Satzungs- und Personalautonomie, jedoch keine Finanzautonomie.

Der Kreisverband soll es ihnen gestatten, in seinem Auftrag eine Kasse zu führen.

Verantwortlich für eine ordnungsmäßige Buchführung im Sinne des Parteiengesetzes sind die Schatzmeister der Kreisverbände.

Näheres regelt die Satzung des Kreisverbands.

Begründung: die Ausprägung der Selbständigkeit / Unselbständigkeit von Ortsverbänden war bisher unklar; dies soll näher geregelt werden.

Eine Autonomie von Ortsverbänden in finanzieller Hinsicht scheint nicht sinnvoll, da sie hinsichtlich einer ordentlichen Buchführung im Sinne des Parteiengesetzes überfordert wären.

Eine Verteilung von finanziellen Umlagen an Ortsverbände soll nicht erfolgen, sondern deren Ausstattung wird durch die Kreisverbände bzw. durch Spenden bestimmt.

---

Dieser Antrag wird unterstützt von Bernd Jörg Merz 105 926 10 + Florian Jäger 930 +

Christian Bolsinger, KV Augsburg- Land, + Felix Thiessen 165 + Tobias Teich 105 76 991 +

Helmut Hintermayer 106 46 858 + Sabine Wons 106 40 184 + Dieter Wons 106 36 135 +

Joanna Marie Merz, KV Nordschwaben, Holger Ganzenmüller, KV Nordschwaben,

und weiteren Mitgliedern des Landesverbandes Bayern.

Der Antrag möchte durch eine sinnvolle Aufgabenverteilung zwischen KV's und OV's die Ortsverbände stärken; die Ortsverbände sollen sich auf das Kerngeschäft, die politische Arbeit vor Ort, nicht auf Verwaltungsaufgaben konzentrieren.

## 1. Änderung:

§ 3 „Gliederung“ Absatz 2 der Landessatzung:

Bisher:

(2) Die Gründung eines Kreis- oder Ortsverbandes setzt die Mitgliedschaft von mindestens 15 Mitgliedern im Bereich des zu gründenden Kreis/Ortsverbandes voraus. Die Gründung erfolgt auf Beschluss der Mehrheit der auf einer Mitgliederversammlung anwesenden, in den Grenzen des betreffenden neuen Gebietsverbandes wohnhaften Mitglieder und bedarf der Genehmigung des Bezirksvorstands. Verweigert der Bezirksvorstand seine Zustimmung zur Gründung der Gliederung, so entscheidet auf Antrag der betroffenen Mitglieder der Landesvorstand. Die Ladung hat auf Antrag von 5 Mitgliedern der zu gründenden Gliederung zeitnah durch den Vorstand der nächsthöheren Gliederungsebene zu erfolgen.

Neu:

(2) Die Gründung eines Kreisverbandes setzt die Mitgliedschaft von mindestens 15 Mitgliedern im Bereich des zu gründenden Kreisverbandes voraus. Die Gründung eines Ortsverbandes setzt die Mitgliedschaft von mindestens 7 Mitgliedern im Bereich des zu gründenden Ortsverbandes voraus. Die Gründung erfolgt auf Beschluss der Mehrheit der auf einer Mitgliederversammlung anwesenden, in den Grenzen des betreffenden neuen Gebietsverbandes wohnhaften Mitglieder und bedarf der Genehmigung des Bezirksvorstands. Verweigert der Bezirksvorstand seine Zustimmung zur Gründung der Gliederung, so entscheidet auf Antrag der betroffenen Mitglieder der Landesvorstand. Die Ladung hat auf Antrag von 5 Mitgliedern der zu gründenden Gliederung zeitnah durch den Vorstand der nächsthöheren Gliederungsebene zu erfolgen.

Begründung:

In § 2 Absatz 4 der Landessatzung steht:

(4) Die Kreisverbände können Ortsverbände als rechtlich unselbständige Gebietsverbände gründen. Die Gründung eines Ortsverbandes setzt die Mitgliedschaft von mindestens 7 Mitgliedern im Bereich des zu gründenden Ortsverbandes voraus.

Dies steht bisher im Widerspruch zu Absatz 2, wo 15 Personen gefordert sind. Dies sollte richtiggestellt werden.

## 2. Änderung:

Bisher:

In §12 „Vorstand des Gebietsverbands“, Absatz 1 steht:

- (1) Der Vorstand eines Gebietsverbands besteht mindestens aus
- a) einem Vorsitzenden (Sprecher)
  - b) einem Stellvertreter
  - c) einem Schatzmeister oder einem Kassensführer bei unselbstständigen Gliederungen.

Es ist unklar, ob bei z. B. dem Rücktritt des Schatzmeisters, aber 3 verbliebenen Vorständen, darunter 1. Vorsitzender und z. B. erster und zweiter Stellvertreter, der Vorstand bereits handlungs- und

beschlußunfähig ist oder nicht und ob der Vorstand damit selbst zu Nachwahlen einladen dürfte oder nicht:

Neu:

In §12 „Vorstand des Gebietsverbands“, Absatz 1 steht:

(1) Der Vorstand eines Gebietsverbands besteht mindestens aus

a) einem Vorsitzenden (Sprecher)

b) einem Stellvertreter

c) einem Schatzmeister oder einem Kassenführer bei unselbstständigen Gliederungen.

Fehlt eine dieser Vorstände, auch bei noch 3 oder mehr anderen Vorständen insgesamt im Amt, gilt der Vorstand als handlungs- und beschlußunfähig.

### 3. Änderung:

Bisher:

In §12 „Vorstand des Gebietsverbands“, Absatz 2 steht:

(2) Der Vorstand einer Gliederung ist beschlussunfähig, wenn er nicht aus mindestens drei gewählten Mitgliedern besteht. Hat ein Gebietsverband keinen Vorstand oder ist der gewählte Vorstand beschluss- oder handlungsunfähig, so muss unverzüglich der Vorstand der jeweils höheren Gliederungsebene mit einer Ladungsfrist von zwei Wochen zu einer Mitgliederversammlung einladen, auf der ein neuer, bzw. beschluss- oder handlungsfähiger Vorstand zu wählen ist.

Die Regelung ist dahingehend unklar, ob jetzt ein neuer Vorstand gewählt werden muß oder nur eine Nachwahl zu erfolgen hat.

Neu:

(2) Der Vorstand einer Gliederung ist beschlussunfähig, wenn er nicht aus mindestens drei gewählten Mitgliedern besteht. Hat ein Gebietsverband keinen Vorstand oder ist der gewählte Vorstand beschluss- oder handlungsunfähig, so muss unverzüglich der Vorstand der jeweils höheren Gliederungsebene mit einer Ladungsfrist von zwei Wochen zu einer Mitgliederversammlung einladen, auf der eine Nachwahl von zurückgetretenen Vorständen durchgeführt wird. Sollte kein Vorstandsmitglied mehr im Amt sein, ist der Vorstand neu zu wählen.



**Antragsteller:**

Klaus-Dieter Hammacher  
Mitglied-Nr.: 10599918  
KV: München West/Mitte

**Antrag:**

Es wird beantragt, die bayerische Landeswahlordnung ersatzlos zurückzuziehen, da wir eine Bundeswahlordnung haben.

**Begründung:**

Gemäß §1 (Geltungsbereich) der Bundeswahlordnung gilt die Bundeswahlordnung für alle Wahlen in der Partei, soweit nicht Landesverbände oder ihre Untergliederungen eigene Wahlordnungen beschließen.

Die bayerische Landeswahlordnung, aktuelle Ausgabe vom 27.02.2016 (ohne Zusatzpapier vom 19.02.2017), ist eine textgleiche Kopie der Erstausgabe der Bundeswahlordnung vom 1. Februar 2015.

Die Bundeswahlordnung wurde am 1. Juli 2018 wie folgt aktualisiert bzw. präzisiert:

- § 2 (3): Präzisierung ungültiger Stimmen
- § 2 (4): Präzisierung der Erklärung der Wahlannahme
- § 4: Zulassung von Einzel/Gruppen- und Zweistufenwahlverfahren neben dem Akzeptanzwahlverfahren bei Delegiertenwahlen
- § 6 (2): Präzisierung des Stichwahlverfahrens beim Verzicht eines Kandidaten auf Teilnahme
- § 6 (3d): Präzisierung des Gruppenwahlverfahrens im Falle unbesetzter Ämter.

Die bayerische WO wurde bezüglich dieser Punkte noch nicht aktualisiert und entspricht somit immer noch der veralteten Erstausgabe der Bundeswahlordnung vom 1. Februar 2015.

Des weiteren ist anzumerken, dass § 1 (Geltungsbereich) der bayerischen Wahlordnung textgleich dem § 1 der Bundeswahlordnung entspricht und somit ebenfalls bundesweit für alle Wahlen der Partei gültig sein müsste. Der Amtsschimmel lässt fröhlich grüßen.

Die vom Bundesparteitag verabschiedete Bundeswahlordnung ist so

ausgelegt ist, dass sie gem. § 1 (Geltungsbereich) bundesweit Anwendung finden kann. Sie wird - soweit notwendig und sinnvoll - gepflegt und aktualisiert. Änderungen können bei jedem Bundesparteitag beantragt werden.

In der Bundeswahlordnung sind alle Punkte, die im Sinne des Bundeswahlgesetzes intern festgelegt werden müssen, eindeutig geregelt. Es gibt keinen vernünftigen Grund darüber hinaus landesspezifische Wahlordnungen zu generieren und zu pflegen, was ja auch stets eine Nachbehandlung im LP erfordert und mit einem zusätzlichen, nicht unerheblichen bürokratischen Aufwand verbunden ist. Der veraltete Stand der bayerischen WO zeigt, wie schwierig ein solches Unterfangen ist. Übertragungsfehler und juristische Fehlinterpretationen sind zudem nicht auszuschließen.

In diesem Zusammenhang darf der Hinweis nicht fehlen, dass beim LP am 19.02.2017 eine Ergänzung zur bayerischen Wahlordnung bezüglich des § 5 verabschiedet wurde, die aber noch nicht eingearbeitet ist. § 5 (Aufstellung von Kandidaten zu öffentlichen Wahlen) soll in "Aufstellungsversammlungen zu öffentlichen Wahlen" umbenannt und um den Passus "Erklärung zu Nebentätigkeiten und Lobbyismus" ergänzt werden. Eine solche Ergänzung gehört m. E. in die Bundeswahlordnung, weil sie nicht nur Bayern betrifft, und müsste sinnvollerweise beim nächsten Bundesparteitag beantragt werden.

Ich bitte Sie, zumindest in diesem Fall unnötigem Bürokratismus Einhalt zu gebieten und meinem Antrag nach Abschaffung der bayerischen Wahlordnung zuzustimmen.

Zudem bitte ich die anwesenden Bundesdelegierten, sich beim nächsten Bundesparteitag dafür einzusetzen, dass bundesweit einheitlich ausschließlich die Bundeswahlordnung zur Anwendung kommt und darin § 1 (Geltungsbereich) entsprechend angepasst wird.

Klaus-Dieter Hammacher

## **Antrag auf Satzungsänderung**

auf dem LPT der AfD Bayern in Greding  
am 24./25. November 2018

### Thema: Mandatsträgerabgabe

#### **Finanzordnung des Landesverbandes Bayern**

##### § 3 Finanzverteilung im Landesverband

(4) Abgeordnete des Deutschen Bundestags, des Bayerischen Landtags und des Europaparlaments führen monatlich einen Mandatsträgerbeitrag in Höhe von 8 % ihrer Abgeordnetenentschädigung an den Landesverband ab. Die Aufteilung dieser Mandatsträgerbeiträge erfolgt analog zu der Regelung bei den Mitgliederbeiträgen, also

- a) den Kreisverbänden 60 v.H.
- b) den Bezirksverbänden 10 v.H.
- c) und dem Landesverband 30 v.H.

Begründung: Die Mandatsträgerabgabe ist in allen anderen Parteien verbindlich geregelt und ein signifikanter Bestandteil der Parteienfinanzierung. Für die AfD fehlt eine Regelung hierzu. Seit 24. September 2018 hat die bayerische AfD 14 Abgeordnete im Deutschen Bundestag, seit dem 05. November 22 Abgeordnete im Bayerischen Landtag. Die Finanzsituation der Partei ist nach wie vor angespannt und uns stehen weitere Wahlkämpfe ins Haus. Deshalb sollte so schnell wie möglich eine verbindliche Regelung gefunden und konsequent umgesetzt werden. Davon profitieren der Landesverband, sämtliche Gliederungen und natürlich die Mandatsträger.

München 08.11 2018

Antragsteller: Wilfried Biedermann Mitgliedsnummer 12479

Mitantragsteller:

Dr. Hans Fellner	Mitgliedsnummer. 10607316
Bernhard Zimniok	Mitgliedsnummer 10596780
Dr. Wolfgang Dörner	Mitgliedsnummer 1761
Roberto Serb	Mitgliedsnummer 10596780
Jan Stijohann	Mitgliednummer 10625894
Iveta Schnabl	Mitgliedsnummer 10625658

Oliver Multusch      Mitgliedsnummer 10605479

Thomas Schwemmbauer      Mitgliedsnummer 10614077

Frank Dymann      Mitgliedsnummer 10600303

Linda Amon      Mitgliedsnummer 10573786

Manfred Schmidt      Mitgliedsnummer 12788

Ute      Schmidt      Mitgliedsnummer 8551

E-Mail-Adresse	Vorname Name	Kreisverband + evt. Funktion	§ 7 FBO Mandatsträgerbeitrag
werner.meier@afdbayern.de	Werner Meier	KVV Amberg-Neumarkt	Antragssteller
claudia.marino@afdbayern.de	Claudia Marino	Mitglied LPK, KV Amberg-Neu	Ja, ich unterstütze den Antrag
sidamgrotzki@arcor.de	Wolfgang Sidamgrotzki	Obb s/w Sprecher LFA 8	Ja, ich unterstütze den Antrag
erich1938@t-online.de	Gerd Heitzer	DEG	Ja, ich unterstütze den Antrag
juanita.klunk@afdbayern.de	Juanita Klunk	KV Ansbach-Weißenburg - Sch	Ja, ich unterstütze den Antrag
haas.andreas@afdbayern.de	Andreas Haas	KV FÜ/NEA, Kreisvorsitzender	Ja, ich unterstütze den Antrag
darthferkel@yahoo.de	Max Öttl	Erding Kreisschatzmeister	Ja, ich unterstütze den Antrag
dorothe.merlot@afdbayern.de	Dorothe Merlot	KV Oberallgäu-Lindau-Kempte	Ja, ich unterstütze den Antrag
chrstine.meier@afdbayern.de	Christine Meier	KV Amberg-Neumarkt, Besitze	Ja, ich unterstütze den Antrag
rwprofisoft@gmail.com	Rolf Walter	KV Amberg-Neumarkt	Ja, ich unterstütze den Antrag

## **Änderungsantrag zur FBO**

### **Mandatsträgerbeiträge**

#### § 7 FBO (neu)

(1) Abgeordnete der AfD im Bayerischen Landtag entrichten neben dem Mitgliedsbeitrag einen monatlichen Mandatsträgerbeitrag in Höhe von 8 v.H. der Bemessungsgrundlage an den Landesverband Bayern. Die gesamten im Landesverband eingehenden Mandatsträgerbeiträge der Landtagsabgeordneten werden nach § 3 Absatz 2 dieser Finanz- und Beitragsordnung verteilt.

(2) Die Bezirks- und Kreisverbände regeln in ihren Satzungen die Mandatsträgerbeiträge von Mandatsträgern in den kommunalen Vertretungen.

(3) Ansonsten gelten die Regelungen des § 8a der Finanz- und Beitragsordnung des Bundesverbands analog.

Antragssteller:

Werner Meier, KVV Amberg-Neumarkt, [werner.meier@afdbayern.de](mailto:werner.meier@afdbayern.de)

**ANTRAG AUF ÄNDERUNG DES § 23 ABS. 6 DER LANDESSATZUNG**

**Antrag:**

Der Landesparteitag möge beschließen, § 23 Abs. 6 wie folgt zu ändern:

Alte Fassung: »Der Landesvorstand der AfD Bayern soll einen Vertreter der JA Bayern als Gast zu den Landesvorstandssitzungen einladen.«

Neue Fassung: »Die Junge Alternative Bayern hat das Recht, einen Vertreter zu Landesvorstandssitzungen der AfD Bayern zu entsenden. Dies setzt voraus, dass eine rechtzeitige Einladung hierzu erfolgt. Der jeweilige Vertreter steht in seinen Rechten einem kooptierten Mitglied gleich.«

**Begründung:**

Die Verzahnung der Mutterpartei mit ihrer Jugendorganisation ermöglicht einen bereichernden Erfahrungsaustausch, der zum gemeinsamen Nutzen ist. Eine junge Stimme bei Diskussionen im Landesvorstand der AfD bringt neue Perspektiven auf die unterschiedlichen Fragen und Probleme, die behandelt werden. Die Junge Alternative Bayern ermöglicht der AfD Bayern ein Segment der Bevölkerung anzusprechen, welches zwar durchaus AfD-affin ist, jedoch bei Wahlen noch zu selten das Kreuz bei der AfD macht und noch deutlich unterrepräsentiert ist in der Mitgliedschaft. Mit einer festen Zusammenarbeit im AfD-Landesvorstand wird dem Nachwuchs an neuen jungen Wählern und Mitgliedern zum Nutzen der Gesamtpartei und unserer patriotischen Sache Rechnung getragen.



gez. Sven A. Kachelmann (Landesvorsitzender)  
für den Landesvorstand der Jungen Alternative Bayern

**ANTRAG AUF ÄNDERUNG VON § 19 LANDESSATZUNG**

**Antrag:**

Der Landesparteitag möge beschließen, § 19 der Landessatzung wie folgt neu zu fassen:

»Ein Mitglied des Landesvorstandes darf nicht in einem Beschäftigungsverhältnis zu einem anderen Mitglied des Landesvorstandes stehen.«

**Begründung:**

Die Unabhängigkeit eines Mitglieds des Landesvorstandes ist ein extrem wichtiges Gut. Deswegen weitet der Antrag diese Unabhängigkeit auch aus, indem eine privatwirtschaftliche Abhängigkeit zu einem anderen Mitglied des Landesvorstandes untersagt wird. Die bisherige Regelung verbietet aber, dass ein Mitglied mit einer 450€-Stelle bei einem Bundestagsabgeordneten aus Hamburg im Landesvorstand sitzen darf. Dies ist vollkommen übertrieben und verhindert keine gefährlichen Abhängigkeiten, sondern verhindert die Mitarbeit fähiger Mitglieder. Als junge und aufstrebende Partei können wir es uns nicht leisten fähige Köpfe von der wichtigen Arbeit im Landesvorstand auszuschließen. Wichtig ist zu verhindern, dass Landesvorstandsmitglieder untereinander finanziell abhängig sind, damit kein Erpressungspotential und Interessenskonflikte entstehen. Aber beschäftigt zu sein bei einem Abgeordneten, der nicht Mitglied des Landesvorstandes ist, oder einer Fraktion, darf kein Ausschlusskriterium sein. Letztendlich entscheidet dann immer noch die Mitgliederversammlung, das höchste Gremium unserer Partei, wer in den Landesvorstand gewählt wird. Alle Mitglieder ohne finanzielle Abhängigkeiten zu einem anderen Landesvorstandsmitglied sollten in einem fairen Wettbewerb treten dürfen, was dieser Antrag ermöglicht.



gez. Sven A. Kachelmann (Landesvorsitzender)  
für den Landesvorstand der Jungen Alternative Bayern



## **ANTRAG AUF ÄNDERUNG DER LANDESFINANZORDNUNG**

### **Antrag:**

Der Landesparteitag möge beschließen, § 3 Abs. 2 S. 2 der Finanzordnung wie folgt zu ändern:

»Von dem verbleibenden Beitragsaufkommen stehen

- a) der Jungen Alternative Bayern 5 v.H.
- b) den Kreisverbänden 60 v.H.
- b) den Bezirksverbänden 8 v.H.
- c) und dem Landesverband 27 v.H. zu.«

### **Begründung:**

Aufklärung bzw. politische Bildung der Jugend ist unverzichtbarer Bestandteil einer mittel- und langfristigen erfolgreichen Strategie im Sinne unserer gemeinsamen Sache. Gerade durch Aktionen im vorpolitischen Raum, innerhalb dessen Jugendliche und junge Erwachsene primär abzuholen sind, weil sie sich aufgrund von sozialer Ächtung, Verhetzung und Indoktrination ins unpolitische Zurückgezogen haben bzw. in eine falsche politische Richtung abgelenkt sind, stellt dies aber eine Mammut-Aufgabe dar, zu der die Mutterpartei AfD schlechterdings nur selten imstande ist.

Die Junge Alternative Bayern hat gerade im letzten Jahr gezeigt, dass sie durch attraktive Aktionen und Veranstaltungen viele ebendieser Jugendlichen für Politik und gerade für eine freiheitlich-patriotische Politik begeistern kann. Dabei muss eine breite Klaviatur bespielt werden von politischen Bildungsveranstaltung eines tiefgehenden Charakters (z.B. »Konservatismus Kongress«; Gründung der »Deutschland Akademie« für Jugendbildung), über parteipolitische Mitwirkung (z.B. Alternativentwurf eines Landtagswahlprogrammes »Bayern – Stark und zukunftsfähig!«), Kundgebungen (z.B. »Ausgesödet – Merkels Helfer stoppen« in München) sowie purer Wahlkampf (z.B. Verteilung tausender Wahlkampfzettel in der Allianz Arena; Zwei Wochen Wahlkampf-Tour im JA-Wahlkampfmobile) und spannende Freizeitaktivitäten (z.B. Sommerfest mit Besuch von einer Delegation des »Movimento Giovanni Padani« – LEGA-Jugend) und vielen vielen weiteren Veranstaltungen und Aktionen wie etwa zuletzt der Aktion »Merkels Tote«, wo die Namen der Opfer der Masseneinwanderung vor der CSU-Landesleitung in München mit Sprühkreide und Kunstblut aufgebracht wurden.

All diese Aktionen kosten Geld. Geld, das besser nicht angelegt sein kann, als in die Zukunft Deutschlands, also in die Jugend. Aus eigenen Mitgliedsbeiträgen der Jungen Alternative (überwiegend Schüler und Studenten) ist dies längst nicht mehr finanzierbar. Dabei haben wir längst gezeigt, dass wir mit Geld verantwortungsvoll umgehen. Aufgrund einer fixen Regelung in der Finanzordnung, die uns langfristige und sichere finanzielle Planung ermöglicht, kann davon ausgegangen werden, dass wir als Junge Alternative in Zukunft noch mehr zu leisten in der Lage sind.

Die vorgeschlagene Regelung schafft ebendiese Voraussetzung, ohne den Kreisverbänden etwas wegzunehmen. Gleichzeitig wird mit dem mitgliedermäßigen Wachsen der Partei eine angemessene Angleichung der der Finanzierung der Parteijugend vorgenommen.



*gez. Sven A. Kachelmann (Landesvorsitzender)  
für den Landesvorstand der Jungen Alternative Bayern*

# Die folgenden Antragsteller unterstützen die nachfolgenden Anträge

Zeitstempel	E-Mail-Adresse	Vorname Name	Kreisverband + evt. Funktion	GO LPK Bayern; Änderungsentwurf	§ 16 Absatz 1 Satzung.Zusammen setzung der LPK	§ 16 Absatz 2 Satzung; Aufgabe der LPK	§ 4 GO LFA Mitgliedschaft in maximal zwei LFA	GO LFA § 5 Informationspflicht Beschäftigungsverh ältnisse	§ 13 (1) GO LFA; Anzahl Pflicht- Präsenzsitzungen (2)	§ 13 (3) GO LFA; Quorum für Beschlussfähigkeit (5)	GO LFA § 18 Sitzungsniedersc hriften
ANTRAGSSTELLER	<a href="mailto:werner.meier@afdbayern.de">werner.meier@afdbayern.de</a>	Werner Meier	KVV Amberg-Neumarkt	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11.7.2018 10:00:26	<a href="mailto:marinoclaudia379@gmail.com">marinoclaudia379@gmail.com</a>	Claudia Marino	LPK-Mitglied, KV Amberg-Neumarkt	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11.8.2018 15:30:06	<a href="mailto:chbir-afd@email.de">chbir-afd@email.de</a>	Christoph Birghan	Sprecher LFA6, KV Ebersberg	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11.8.2018 18:05:08	<a href="mailto:christian.mueller@afdbayern.de">christian.mueller@afdbayern.de</a>	Christian Müller	Landesschatzmeister	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11.8.2018 18:55:41	<a href="mailto:wolfgang.kellermann@gmx.de">wolfgang.kellermann@gmx.de</a>	Wolfgang Kellermann	KV Erding KVV		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja		Ja
11.9.2018 6:09:55	<a href="mailto:klaus.goetz@afdbayern.de">klaus.goetz@afdbayern.de</a>	Klaus Götz	Sprecher LFA 7	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11.9.2018 15:27:20	<a href="mailto:rafael.hauptmann@gmail.com">rafael.hauptmann@gmail.com</a>	Rafael Hauptmann	KV Augsburg Land, Schatzmeister BV Schwaben		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11.9.2018 15:34:26	<a href="mailto:haas.andreas@afdbayern.de">haas.andreas@afdbayern.de</a>	Andreas Haas	KV FÜ/NEA, Kreisvorsitzender	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11.9.2018 16:24:09	<a href="mailto:ra@ines-oppel.de">ra@ines-oppel.de</a>	Ines oppel	KV München-Nord	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11.9.2018 16:52:32	<a href="mailto:erich1938@t-online.de">erich1938@t-online.de</a>	Gerd Heitzer	DEG	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11.9.2018 17:53:05	<a href="mailto:christian.paulwitz@afdbayern.de">christian.paulwitz@afdbayern.de</a>	Christian Paulwitz	KV Regensburg, Bezirksvorsitzender Oberpfalz	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja
11.9.2018 20:11:27	<a href="mailto:juanita.klunk@afdbayern.de">juanita.klunk@afdbayern.de</a>	Juanita Klunk	KV Ansbachg-Weißenburg - Schatzmeister		Ja	Ja	Ja	Ja			
11.9.2018 23:08:18	<a href="mailto:p.pfannes@yahoo.com">p.pfannes@yahoo.com</a>	Pascal Pfannes	Amberg-Neumarkt Beisitzer	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja

## **Satzungsänderungsantrag** **„Zusammensetzung der Landesprogrammkommission“**

### **§ 16 Abs. 1**

ALT: Die Landesprogrammkommission besteht aus zwei vom Landesvorstand und je zwei von jedem Bezirksvorstand benannten Mitgliedern, sowie den Sprechern der Landesfachausschüsse. Ihre Tätigkeit richtet sich nach einer vom Landesvorstand zu beschließenden Geschäftsordnung.

NEU: Die Landesprogrammkommission besteht aus **einem** vom Landesvorstand, **einem von der Fraktion im Landtag**, und je **einem** von jedem Bezirksvorstand benannten Mitgliedern, sowie den Sprechern der Landesfachausschüsse. Ihre Tätigkeit richtet sich nach einer vom Landesvorstand **oder dem Landesparteitag** zu beschließenden Geschäftsordnung.

Begründung:

#### **1) Einbindung der Landtagsfraktion**

Entsprechend der Regelung in der Bundesprogrammkommission und anderen Landesverbänden sollte auch im LV Bayern die Landtagsfraktion ein Mitglied in die Landesprogrammkommission entsenden. In diesem Zug kann die Mitgliedschaft des Landesvorstands auf ein Mitglied reduziert werden.

#### **2) Reduzierung der Mitglieder aus den Bezirken**

Die derzeitige Zusammensetzung führt zu einer (theoretischen) Unterrepräsentation der Fachseite, sprich der Landesfachausschüsse. Entsprechend der Regelung in der BPK soll die Entsendung auf ein Mitglied pro Bezirk reduziert werden.

#### **3) Geschäftsordnung des Landesvorstandes**

Die Hoheit des Landesvorstands über die Geschäftsordnung hat den Programmprozess zum Landtagswahlprogramm erheblich behindert. Insbesondere die durch die GO ermöglichte Verweigerung einer ordnungsgemäß beantragten Sitzung, aber auch die im Laufe der Streitigkeiten vom Landesvorstand überraschend vorgetragene Einwendung, die veröffentlichte Geschäftsordnung sei gar nicht beschlossen und ein rechtswidriger Beschluss zur Auflösung der Landesprogrammkommission belegen eine missbräuchliche Nutzung der Regelung, mindestens jedoch Organisationsversagen. Im Bedarfsfall soll der Parteitag hier gegensteuern können.

## **Satzungsänderungsantrag**

### **Aufgabe der Landesprogrammkommission**

§ 16 Abs. 2 Satz 1

ALT:

Die Landesprogrammkommission hat die Aufgabe, Programmvorschläge für die Landespolitik zu entwickeln.

NEU:

Die Landesprogrammkommission hat die Aufgabe, die Arbeit und Anträge der Landesfachausschüsse aufeinander abzustimmen.

Begründung:

Die Beschränkung der Tätigkeit der LPK auf die Landespolitik ist ein redaktioneller Fehler aus der ursprünglichen Satzung. In der Realität und auch in der GO wird das anders gelebt. Diese Einschränkung in der Satzung sollte hier entfernt werden.

## **Änderungsantrag GO LFA** **„Mitgliedschaft in maximal zwei LFA“**

### § 4 Absatz 2

Alt:

Jedes Mitglied der Alternative für Deutschland des LV Bayern, hat das Recht sich beim Vorstand des LFA beim Landesvorstand um eine Aufnahme zu bewerben.

Neu:

Jedes Mitglied der Alternative für Deutschland des LV Bayern, hat das Recht sich bei der Leitung des LFA oder beim Landesvorstand um die Aufnahme in **bis zu zwei LFA** zu bewerben.

Ergänzung des Satzes:

Die Mitarbeit in mehreren LFA ist erfahrungsgemäß nicht zielführend möglich und verhindert den Zugang anderer Interessenten zu den LFA.

## **Änderungsantrag GO LFA** **„Informationspflicht über Beschäftigungsverhältnis“**

§ 5 Abs. 3

Neu, Ergänzung des Satzes:

Ferner hat jedes Mitglied offenzulegen, ob es in einem Beschäftigungsverhältnis zur Partei, der Fraktion oder einem Abgeordneten oder Funktionsträger der Partei steht.

Begründung:

Abhängigkeiten zur Partei oder Funktionsträger können für die sachbezogene Programmarbeit hinderlich sein. Zumindest sollte es den Mitgliedern des Fachausschuss bekannt sein, ob jemand in einem entsprechenden Beschäftigungsverhältnis steht.

Es steht den Mitgliedern des LFA dann frei, ob sie den Anwärter für den LFA in den LFA aufnehmen (wählen) oder nicht.

## **Änderungsantrag GO LFA** **„Anzahl Pflicht-Präsenzsitzungen“**

§ 13 Abs. 1 Satz 1

ALT:

Der LFA in seiner Gesamtheit (Plenum) tritt bei Bedarf, mindestens vier Mal pro Jahr, zu einer Präsenzsitzung zusammen.

NEU:

Der LFA in seiner Gesamtheit (Plenum) tritt bei Bedarf, mindestens **zwei** Mal pro Jahr, zu einer Präsenzsitzung zusammen.

Begründung:

Die Mitglieder, die Leitung des LFA und der Landesvorstand können bei Bedarf Sitzungen einberufen. Die Verpflichtung zu vier Präsenzsitzungen ist nicht notwendig. Einige LFA favorisieren die Programmarbeit online oder per Telefonkonferenz.



## **Änderungsantrag GO LFA**

### **„Quorum für Beschlussfähigkeit auf fünf Mitglieder senken“**

§ 13 Abs. 3

ALT:

Der LFA ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde und mindestens ein Leitungsmitglied und mehr als die Hälfte der ordentlichen Mitglieder an der Sitzung teilnehmen.

NEU:

Der LFA ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde und mindestens ein Leitungsmitglied und insgesamt mindestens fünf ordentliche Mitglieder an der Sitzung teilnehmen.

Begründung:

Die Beschlussfähigkeit war durch mangelhafte Präsenz oftmals ein Problem bei den LFA-Sitzungen.

## **Änderungsantrag GO LFA „Sitzungsniederschriften“**

§ 18 Absatz 5

Ergänzung:

Die Niederschrift ist in Kopie den ordentlichen und kooptierten Mitgliedern des LFA, **dem Schriftführer der Landesprogrammkommission**, sowie dem Landesvorstand zuzuleiten. Die Niederschrift ist in der nächsten Sitzung zu genehmigen.

Begründung:

Als Koordinationsgremium der Programmatik ist die Einbindung der LPK erforderlich.

# Geschäftsordnung der Landesprogrammkommission (LPK) Bayern

---

## § 1 Sitz der Landesprogrammkommission

Der Sitz der LPK ist die Landesgeschäftsstelle Bayern der Alternative für Deutschland.

## § 2 Zusammensetzung

Die Zusammensetzung der LPK regelt die Landessatzung. ~~Die Landesfachausschüsse entsenden den Sprecher oder einen stellvertretenden Sprecher. Jeder Bezirksverband benennt zwei ordentliche Mitglieder und einen Stellvertreter durch Beschluss des Vorstandes oder der Mitgliederversammlung.~~ Eine weitere Vertretung ist nicht vorgesehen.

## § 3 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitgliedschaft und Tätigkeit in der LPK beginnt mit dessen konstituierenden Sitzung oder der Aufnahme in die Kommission. Sie endet durch Ausscheiden des Mitgliedes aus dem entsendenden LFA, durch die Abberufung durch den Bezirksvorstand, den Landesvorstand oder durch den Austritt aus der AfD.
- (2) Jedes Mitglied hat regelmäßig an der Arbeit der LPK teilzunehmen. Dazu gehört es auch, einzelne Aufgaben zu übernehmen.
- (3) Jedes Mitglied hat die Pflicht offenzulegen, wenn es auch außerhalb der Partei in thematisch einschlägigen Bereichen tätig oder engagiert ist oder war oder wenn es Interessenkonflikte zwischen Aktivitäten außerhalb der Parteiarbeit und seiner Mitgliedschaft und Mitarbeit in der LPK geben könnte. Ferner hat jedes Mitglied offenzulegen, ob es in einem Beschäftigungsverhältnis zur Partei, der Fraktion oder einem Abgeordneten oder Funktionsträger der Partei steht.
- (4) Jedes Mitglied der LPK ist berechtigt, vom Vorsitzenden oder einem anderen für die jeweilige Angelegenheit verantwortlichen Mitglied Auskunft über den Sach- und Beratungsstand zu den Themen der LPK zu verlangen.
- (5) Erklärungen im Namen der LPK werden in der Regel durch den Vorsitzenden abgegeben. Vorher hat der Vorsitzende dazu mit den Mitgliedern der Kommission Einvernehmen herzustellen. Im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden ist es auch anderen Mitgliedern der LPK gestattet, Erklärungen im Namen der LPK abzugeben.
- (6) Stellungnahmen der LPK oder seiner Mitglieder, die öffentlichkeitswirksam sind, bedürfen einer vorherigen Absprache mit dem Landesvorstand.

## § 4 Teilnahme an Sitzungen

- (1) Jedes Mitglied soll regelmäßig an den Sitzungen der LPK teilnehmen. Anspruch auf Reisekostenersatz ergibt sich ausschließlich durch entsprechende Regelungen oder Beschlüsse der entsendenden Gliederungen.
- (2) Ist ein Mitglied verhindert, an einer Sitzung teilzunehmen, hat es dies dem Vorsitzenden oder dem Vertreter im Amt mitzuteilen und für eine Teilnahme des Vertreters zu sorgen.
- (3) Für jede Sitzung wird eine Anwesenheitsliste angelegt. Sitzungen können auch als elektronische Konferenzen durchgeführt werden.

## § 5 Zusammensetzung des Vorstandes

- (1) Der Vorstand der LPK setzt sich zusammen aus
  - a) dem Vorsitzenden
  - b) ~~bis zu zwei dem~~ stellvertretenden Vorsitzenden
  - c) dem Schriftführer
- (2) ~~Den Vorsitzenden und den Schriftführer wählt die Kommission aus ihrer Mitte. Der stellvertretende Vorsitzende wird durch den Landesvorstand gewählt, sofern der Vorsitzende kein Mitglied des Landesvorstands ist.~~ Die Kommission wählt die Vorstände aus ihrer Mitte.

## § 6 Aufgaben des Vorsitzenden

- (1) Der Vorsitzende vertritt die LPK.
- (2) Der Vorsitzende ist dafür verantwortlich und hat sicherzustellen, dass Programmprozesse und etwaige Fristvorgaben des Landesvorstandes formgerecht und rechtswirksam eingehalten werden können.
- (3) Duldet eine Angelegenheit ihrer Natur nach keinen Aufschub (insbesondere bei drohendem Ablauf von Fristen des Landesvorstands oder tagesaktuellem Geschehen), trifft der Vorsitzende im Einvernehmen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses die erforderlichen Entscheidungen zur Wahrung der Rechte der LPK entsprechend den Anforderungen berechtigter Geschäftsführung ohne Auftrag. Sodann führt er unverzüglich die Entscheidung des Plenums der LPK herbei. Dies kann auch per elektronischen Umlaufbeschluss ~~E-Mail-Umfrage~~ erfolgen.
- (4) Der Vorsitzende gewährleistet durch die Strukturierung des Arbeitsprozesses, insbesondere durch die argumentative Auseinandersetzung mit widersprechenden Positionen und Meinungen, dass nicht einseitig Lobbyinteressen oder Partikularinteressen zum Zuge kommen.
- (5) Der Vorsitzende wird, soweit er an der persönlichen Wahrnehmung seiner Rechte und Pflichten, verhindert ist, durch ein anderes Mitglied des Vorstands seinen Stellvertreter vertreten. Er nimmt dessen Aufgaben gemäß den in der GO aufgezeigten Regelungen wahr.

## § 7 Wahl eines Schriftführers

- (1) Zur Erstellung der Niederschrift gem. § 16 über die Sitzungen der LPK wird ein Mitglied als Schriftführer gewählt.
- (2) Es kann ein stellvertretender Schriftführer gewählt werden. Dieser ist nicht Mitglied des geschäftsführenden Vorstands.

## § 8 Führung der laufenden Geschäfte

- (1) Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte. Als laufende Geschäfte gelten alle Angelegenheiten, die nicht dem Plenum der LPK vorbehalten oder einer anderen Stelle (z.B. dem Vorsitzenden) zur Wahrnehmung zugewiesen sind.
- (2) Die Aufgabenverteilung im Einzelnen wird durch den Vorstand im Einvernehmen mit dem Plenum festgelegt.
- (3) Für Besprechungen und Verhandlungen mit Stellen innerhalb und außerhalb der Partei gilt:
  - a) Mitglieder der jeweiligen Arbeitsbereiche sind befugt, im Rahmen des ihnen übertragenen Aufgabenbereichs, Verhandlungen und Gespräche mit den jeweiligen Landes- und Landesfachausschüssen zu führen. Sie unterrichten den Vorstand über Termine, Inhalte und Ergebnisse der Arbeit.
  - b) Pressetermine und Veröffentlichungen bedürfen einer Einwilligung des Landesvorstandes.

## § 9 Arbeitsweise

- (1) Die LPK sammelt die Arbeitsergebnisse der Landesfachausschüsse und fasst diese in redaktioneller Arbeit für die Formulierung von Programmen der ~~Landespartei~~ Partei zusammen.
- (2) Der Landesvorstand sowie die Landesprogrammkommission kann Dissensthesen zu einzelnen Thesen vorlegen, die entsprechend programmatischer Positionen einer qualifizierten Minderheit nach § 17 Abs. 2 dieser Geschäftsordnung behandelt werden.
- (3) Die LPK hat ein Vortragsrecht beim Landesvorstand.
- (4) Die LPK kann selbständig externe Fachleute zur Beratung einladen.
- (5) Die LPK kann zur Erfüllung seiner Aufgaben die Einrichtung von Unterausschüssen beschließen. Für diese gilt die vorliegende Geschäftsordnung sinngemäß.

(6) Die Parteimitglieder sind durch Mitgliederbefragungen in die Programmfindung einzubeziehen.

(6)/(7) Die Parteimitglieder sollen durch Zwischenberichte und Thesenpapiere über die laufenden Tätigkeiten und programmatischen Inhalte informiert werden. Die Transparenz der Organisationsstrukturen und Prozesse der LPK/LFA wird durch parteiinterne Veröffentlichungen sichergestellt.

- (8) Vor der Realisierung von Landesfachkonferenzen der LPK ist deren Finanzierung zuvor sicherzustellen.
- (9) Die LPK ist zur programmatischen Beratung im Landtagswahlkampf in das Kampa-Team einzubinden.
- (7)(10) Der Landesvorstand stellt der LPK organisatorische Unterstützung und IT-Infrastruktur zur ordnungsgemäßen Aufgabenerledigung zur Verfügung.

## § 10 Geistiges Eigentum und Vertraulichkeit

- (1) Die schriftlich niedergeschriebenen Ergebnisse und Zwischenergebnisse der LPK sind geistiges Eigentum der Alternative für Deutschland.
- (2) Die behandelten Themen können politisch brisant und gesellschaftlich kontrovers diskutiert sein. Die Mitglieder der Kommission haben daher über die ihnen bekannt gewordenen Entwürfe und Diskussionsverläufe Stillschweigen zu bewahren, sofern die Kommission nicht im Einzelfall ausdrücklich etwas anderes entscheidet.
- (3) Das Gebot der Vertraulichkeit gilt für stellvertretende Mitglieder entsprechend. Es gilt ferner für alle anderen Personen, die an der Sitzung teilnehmen oder bei der Durchführung unterstützen.
- (4) Das Gebot der Vertraulichkeit gilt nicht gegenüber:
  - a) Mitgliedern der LPK untereinander
  - b) Mitgliedern der Landesfachausschüsse
  - c) den Bezirksvorständen
  - d) dem Landesvorstand
- (5) Das Gebot der Vertraulichkeit besteht nicht für Angelegenheiten oder Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.
- (6) Über diese Regelungen ist jede Person vor der erstmaligen Teilnahme an einer Sitzung zu unterweisen.

## § 11 Einberufung

- (1) Die LPK in ihrer Gesamtheit (Plenum) tritt bei Bedarf zu einer Präsenzsitzung zusammen. Zwischen den Präsenzsitzungen können Sitzungen auch in der Form einer Telefon- oder Onlinekonferenz durchgeführt werden.
- (2) Außerordentliche Sitzungen hat der Vorsitzende (oder Vertreter) unverzüglich einzuberufen:
  - a) im Benehmen mit dem Vorstand, wenn aufgrund dringender Geschäftsvorfälle eine Beschlussfassung der LPK keinen Aufschub bis zur nächsten ordentlichen Sitzung duldet,
  - b) auf Antrag eines Viertels der Mitglieder der LPK,
  - c) auf Antrag des Landesvorstands.

- d) Die LPK ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde und ~~ein Drittel der ordentlichen Mitglieder an der Sitzung teilnehmen, darunter~~ mindestens ein Vorstandsmitglied der LPK an der Sitzung teilnimmt. Betrug die Ladungszeit weniger als zwei Wochen, ist die LPK nur beschlussfähig, wenn mindestens ~~die Hälfte~~ ein Drittel seiner ordentlichen Mitglieder an der Sitzung teilnimmt, darunter mindestens ein Vorstandsmitglied der LPK.

## § 12 Fristen und Art der Einladung

- (1) Der Vorsitzenden lädt die LPK schriftlich (per E-Mail), in der Regel mindestens 14 Tage vor Beginn der Sitzung ein. In dringenden Fällen kann von dieser Frist abgewichen werden. Er stellt auch sicher, dass neben den Mitgliedern alle übrigen teilnahmeberechtigten Personen oder Stellen ordnungsgemäß eingeladen werden.
- (2) Dem Einladungsschreiben ist die Tagesordnung im Entwurf beizufügen.
- (3) Die endgültige vorläufige Tagesordnung und die Unterlagen über die zur Beratung anstehenden Angelegenheiten sind allen Teilnehmern mindesten 7 Tage vor der Sitzung zugänglich zu machen.

## § 13 Tagesordnung

- (1) Die Tagesordnung wird vom Vorsitzenden vorgeschlagen. Jedes Mitglied der LPK kann bis zu vier Tage vor der Sitzung beantragen, dass bestimmte Beratungspunkte in die Tagesordnung aufgenommen werden.
- (2) Die Tagesordnung muss alle Beratungspunkte gesondert ausweisen, über die in der Sitzung Beschlüsse gefasst werden sollen. Weitere Beschlüsse bedürfen einer Erweiterung der Tagesordnung.
- (3) Anträge auf Ergänzung oder Veränderung der Tagesordnung können als Dringlichkeitsanträge bei Sitzungsbeginn oder während der Sitzung eingereicht werden. Die Änderung der Tagesordnung muss von der LPK beschlossen werden. Soll zu einem ergänzten Tagesordnungspunkt ein Beschluss gefasst werden, so muss diese Ergänzung der Tagesordnung mit zwei Dritteln der Stimmen der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder angenommen worden sein.

## § 14 Verlauf der Sitzung

- (1) Der Vorsitzende leitet die Versammlung.
- (2) Der Vorsitzende hat über jeden Punkt, der auf der Tagesordnung steht, die Beratung zu eröffnen und zu schließen. Die Verbindung der Beratung gleichartiger oder verwandter Punkte kann jederzeit durch Beschluss der LPK erfolgen.
- (3) Jedes Mitglied hat das Recht, Anträge zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten zu stellen.
- (4) Für die Geschäftsordnungsanträge und Abstimmungen gelten ergänzend die Regelungen der GO Parteitage des Landesverbandes Bayern.

## § 15 Beschlüsse

- (1) Beschlüsse kann die LPK nur fassen, wenn sie beschlussfähig ist. Die Beschlussfähigkeit stellt der Vorsitzende förmlich fest. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gefasst, soweit diese Geschäftsordnung nichts anderes regelt. In Ausnahmefällen können „Umlaufbeschlüsse“ durch den Vorstand der LPK eingebracht werden und bedürfen zur Annahme einer Zustimmung Mehrheit der ordentlichen Mitglieder. Der Abstimmungszeitraum beträgt eine Woche.
- (2) Unterstützen mindestens ein Viertel der Mitglieder gemeinsam eine unterlegene programmatische Position, so kann diese „qualifizierte Minderheit“ verlangen, dass die Position als alternative Beschlussvorlage gleichberechtigt ausgearbeitet und vorgelegt wird.

## § 16 Sitzungsniederschriften

- (1) Die Niederschrift über eine Sitzung muss mindestens enthalten:
  - a) Tag und Dauer der Sitzung,
  - b) die Tagesordnung,
  - c) eine Anwesenheitsliste,
  - d) eine Aufstellung eventuell entstandener Tagungskosten
  - e) die zu den einzelnen Anträgen, Vorlagen oder Texten Angelegenheiten gefassten Beschlüsse mit dem präzisen Abstimmungsergebnis.
  - f) Die Niederschrift ist durch den Schriftführer abzufassen und von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer oder deren Vertretern zu unterzeichnen.
- (2) Schriftliche Einwendungen gegen die Niederschrift sind als Ergänzung zur genehmigten Niederschrift zu nehmen.
- (3) Die Niederschrift ist binnen einer Frist von 10 Tagen den Mitgliedern der LPK, den Landesfachausschüssen und dem Landesvorstand zur Verfügung zu stellen.
- (4) Die Niederschrift wird als Ergebnisprotokoll geführt.



---

**ANTRAG AUF ÜBERNAHME DER PROZESSKOSTEN IN DER CAUSA »AKTION MERKELS TOTE«**

**Antrag:**

»Der Landesparteitag möge beschließen den Beschuldigten im Verfahren wegen des Tatvorwurfs der Sachbeschädigung infolge Wahlkampfaktion der Jungen Alternative Bayern vor der CSU-Landesleitung in München, die vollen Anwalts-, Gutachter- und sonstigen mit dem Prozess in Verbindung stehenden Kosten aus Mitteln der AfD Bayern über die Junge Alternative Bayern zu erstatten. Die eingegangenen Spenden für die Rechtsvertretung werden den zu übernehmenden Kosten angerechnet.«

**Begründung:**

Am frühen Morgen des 07.10.2018 führte die Junge Alternative Bayern eine Wahlkampfaktion vor der CSU Landesleitung in München durch. Hierbei wurden wasserlösliche Sprühkreide und wasserlösliches Kunstblut auf Gehwegplatten aufgebracht. Mit der Sprühkreide wurden die Namen der, durch die fehlgeleitete Migrationspolitik der Bundeskanzlerin, entstandenen Opfer kenntlich gemacht. Die Szenerie wurde ausgeleuchtet und fotografiert.

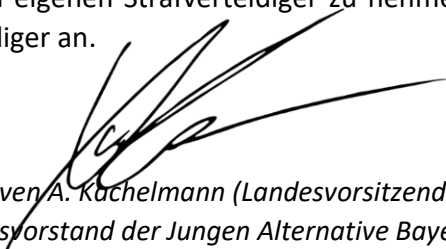
Ziel der Aktion war es öffentliche Aufmerksamkeit zu generieren und die CSU-Landesleitung zu dem zu machen was sie ist: Ein Tatort. Beide Ziele wurden erreicht.

Am 12.10.2018 wurden als Reaktion 6 Wohnungen von Mitgliedern der Jungen Alternative Bayern. Hierbei wurde eine Wohnungstür eingetreten und Durchsuchungen im Beisein von Kleinkindern und einer Schwangeren durchgeführt. Die Wohnungen wurden durch die Dursuchung z.T. schwer verwüstet. Weiterhin wurden sämtliche auffindbare Handys, Laptops und Kameras beschlagnahmt. Ein Datum für die Herausgabe der Geräte ist bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt. Vielmehr steht von Seiten der Ermittlungsbehörde im Raum die Geräte dauerhaft einzuziehen.

Folgende Ziele sollen durch unsere Strafverteidigung erreicht werden:

- Infragestellung des Tatvorwurfs der Sachbeschädigung
- Einstellung des Verfahrens
- Feststellung der Unverhältnismäßigkeit der Hausdurchsuchung
- Herausgabe sämtlicher beschlagnahmter Geräte
- Prüfung rechtlicher Schritte gegen die verantwortlichen Ermittler

Aufgrund der StPO sind wir gezwungen uns jeweils einen eigenen Strafverteidiger zu nehmen. Demnach fallen derzeit Kosten für insgesamt 6 Strafverteidiger an.



gez. Sven A. Kachelmann (Landesvorsitzender)  
für den Landesvorstand der Jungen Alternative Bayern

Lieber Mitstreiter,

der Vorstand des KV AÖ stellt für seine Mitglieder den folgenden Antrag auf dem folgenden Parteitag der AfD-Bayern:

Antrag der Vorstand möge beschließen:

Auf dem nächsten Parteitag der Landes-AfD den Antrag zur Entscheidung vorzulegen, daß

1. Bei der EU-Wahl 2019 70% des dem Landesverband Bayern zur Verfügung stehenden

Wahlkampfbudgets an die KVs in Bayern ausbezahlen ist.

2. Bei der Kommunal-Wahl 2020 80% des dem Landesverband Bayern zur Verfügung stehenden

Wahlkampfbudgets an die KVs in Bayern ausbezahlen ist.

Begründung:

Im Landtagswahlkampf 2017 kam zu wenig Geld bei den KVs an. Die subventionierten Plakate waren über 2 Wochen vor Ende der Wahl nicht mehr bestellbar. Flächen für Grossplakate nicht mehr erlangbar, da die AfD diese Aktion zu spät startete die aufgestellten Großplakate wurden nicht betreut und nicht erneuert. Wahlwebespots nicht auffindbar.

Für den KV AÖ der AfD

Schwembauer

Antragsteller:

Hansjörg Müller, MdB,  
Kreisverband Berchtesgadener Land,  
Mitgliedsnummer BY-52246-10578002

**Antrag:**

Der Landesparteitag möge die nachfolgende Resolution beschließen:  
Es wird beantragt folgenden Wortlaut neu in das Grundsatzprogramm aufzunehmen:

***"Als Rechtsstaatspartei ist die AfD den Grundrechten verpflichtet. Die AfD wird sich uneingeschränkt dafür einsetzen, dass die auf das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und dem Völkerrecht basierende Rechtsstaatlichkeit durchgesetzt wird. Jedes Handeln der Regierung muss dem Völkerrecht, dem Grundgesetz und den europäischen Verträgen entsprechen. Eine Moral jenseits des Rechts gibt es nicht."***

**Begründung:**

Während das Völkerrecht, seiner Bedeutung für die Rechtsprechung der zivilisierten Staaten entsprechend, im Wahlprogramm 2013 der AfD noch prägnant vorhanden war, fehlt es im Grundsatzprogramm 2016 und im Wahlprogramm 2107 nahezu völlig.

Diese (Rück-) Entwicklung der AfD-Programm-Aussagen ist der Bedeutung, die dem Völkerrecht zukommt, nicht angemessen.

Im Völkerrecht unterscheidet man zwischen dem (weniger schwerwiegenden) „Allgemeinen Völkerrecht“ und dem „Zwingenden Völkerrecht“. Die dem „Zwingenden Völkerrecht“ zuzuordnenden Verbrechen stehen in ihrer Rechtswidrigkeit nicht nur über allen Regeln der Rechtsordnungen der Einzel-Staaten, sondern auch über allen weiteren Rechtsgrundsätzen des „Allgemeinen Völkerrechtes“.

Zum „zwingenden Völkerrecht“ gehören z.B. Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und weitere gravierende, systematische Verstöße gegen elementare Menschenrechte.

Das sind solche Rechte, die jedem Menschen allein aufgrund seines Menschseins zustehen. Er verdankt sie keinem Staat, keiner Partei und keinem Politiker. An oberster Stelle steht das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Es folgen die Rechte auf Gleichbehandlung und Freiheit, die u.a. wiederum zu den Rechten auf Selbstbestimmung und Eigentum führen. Diese Rechte sind unteilbar und unantastbar. Kein Parlament kann sie durch Mehrheitsbeschluss aufheben, genauso wenig wie man einen mathematischen Lehrsatz mit Stimmenmehrheit außer Kraft setzen kann..."

Diese Rechte ergeben sich auch aus den 30 Artikeln der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“,<sup>1</sup> die von der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10.12.1948 beschlossenen wurden.

---

<sup>1</sup>

## **Satzungsänderung zur Ladungsfrist von Mitgliederversammlungen der Gebietsverbände**

Satz 3 von Paragraph 8, Absatz 1 der Landessatzung lautet derzeit:

Die Ladungsfrist für die Mitgliederversammlung der Gebietsverbände beträgt mit Ausnahme der Aufstellungsversammlungen für öffentliche Wahlen nach § 7 mindestens zwei Wochen.

Dieser Satz soll gestrichen werden.

Begründung:

Mit der Streichung dieses Satzes wird die Ladungsfrist für Mitgliederversammlungen der Gebietsverbände auf das in Paragraph 5, Absatz 6 genannte Minimum von drei Wochen erhöht. Das ist notwendig, damit ein hinreichender zeitlicher Abstand zwischen der Ladung der Mitglieder und der zweiwöchigen Frist für die Beantragung von Erweiterungen der Tagesordnung (siehe § 8, Absatz 2 in Verbindung mit § 5, Absatz 7) gegeben ist.

## **Satzungsänderung zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen**

Paragraph 18 der Landessatzung lautet derzeit:

### **§ 18 Koalitionsvereinbarungen**

Koalitionsvereinbarungen bedürfen der Zustimmung durch Mitgliederentscheid.

Dieser Paragraph soll zukünftig lauten:

### **§ 18 Koalitionsverhandlungen und -vereinbarungen**

(1) Die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen setzt einen Beschluss des Vorstands mit 2/3-Mehrheit voraus.

(2) Koalitionsvereinbarungen bedürfen der Zustimmung durch Mitgliederentscheid.

Begründung:

Mit der Satzungsänderung soll die Hürde für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen erhöht werden. Koalitionsverhandlungen sollen nur dann aufgenommen werden, wenn sich eine große Mehrheit des Landesvorstands dafür ausspricht. So soll verhindert werden, dass der Landesvorstand sich leichtfertig in Koalitionsverhandlungen begibt und die Parteibasis dann beim Mitgliederentscheid vor vollendete Tatsachen gestellt wird.